

Russlands Wirtschaftspolitik setzt auf Investitionen	197
Leichte Entspannung auf den Ölmärkten durch Produktionssteigerungen der OPEC	215

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 15/2000

Berlin

13. April 2000

67. Jahrgang

Russlands Wirtschaftspolitik setzt auf Investitionen¹

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Dem für Ende Mai angekündigten wirtschaftspolitischen Programm des neu gewählten Präsidenten Putin wird von vielen Beobachtern entgegengefeuert. Man erhofft sich Aufschluss über die künftige Wirtschaftspolitik Russlands. Bis dahin werden Putins wirtschaftspolitische Vorstellungen als erst noch zu lüftendes Geheimnis betrachtet. Dabei lässt sich seine wirtschaftspolitische Handschrift seit seinem Amtsantritt als Ministerpräsident — im August letzten Jahres — ähnlich deutlich erkennen wie seine militärische im Kaukasus, und zwar als Handeln nach dem Prinzip „schneller Erfolg — wenn es sein muss, um jeden Preis“. Putin hat zudem Größenordnungen der anzustrebenden wirtschaftlichen Wachstumsraten in den Raum gestellt („7 bis 8 %, besser noch 10 %“). Eine harte makroökonomische Politik und der Faktor Furcht dürften entscheidende Hebel für die Umsetzung dieser Vorstellungen sein.

Quellen der wirtschaftlichen Erholung nach der Krise

Die drastische Abwertung des Rubels und der ebenso drastische Anstieg der Weltmarktpreise für Rohöl können sicherlich als zwei wichtige Faktoren für die wirtschaftliche Erholung Russlands gelten. Der Rubel hat seit der Krise Mitte 1998 deutlich mehr als drei Viertel seines Wertes verloren und der Weltmarktpreis für Rohöl liegt selbst nach dem jüngsten Rückgang noch beim Doppelten seines Tiefpunkts. Der höhere Rohölpreis hat die Dollar-Erlöse der Exporteure kräftig steigen lassen.² Die Rubel-Erlöse legten wegen der Abwertung sogar noch stärker zu. Zugleich wurden durch die Abwertung des Rubels viele Importgüter für russische Käufer unerschwinglich. Die Binnennachfrage kam daher in wesentlich stärkerem Ausmaß denjenigen russischen Herstellern zugute, die erfolgreich die fehlenden Importgüter er-

setzten, wenngleich dies bei weitem nicht in vollem Umfang gelang.

Die Krise zog aber eine weitere Wende nach sich, die von fundamentaler und längerfristiger Bedeutung sein könnte. Erstmals im Verlaufe des letzten Jahrzehnts kam es zu einer Erholung der Investitionstätigkeit, die zudem offenbar deutlich früher einsetzte und kräftiger ausfiel als die Erholung des privaten Verbrauchs.³ Dies reflektiert die neue Priorität der Investitionen, die von Putin immer wieder betont wird. Damit soll nicht nur ein wirtschaftlicher Aufschwung angestoßen werden, vielmehr wird auch be-

¹ Dieser Bericht wird auch veröffentlicht in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 360/2000.

² Allerdings wird dieser Vorteil dadurch geschmälert, dass Exporteure auch Fremdwährungskredite zu bedienen haben.

³ Gemessen am Einzelhandelsumsatz.

sonderes Gewicht auf die Schnelligkeit des Wachstums gelegt. Im ersten Quartal 2000 ging die Zunahme der Investitionstätigkeit beschleunigt vor sich. Daneben stieg zwar auch der private Verbrauch wieder, und dies mit einem ähnlichen Tempo wie die Investitionen (Tabelle 1).⁴ Dies führte bislang aber nicht zu Konflikten, insbesondere nicht im Hinblick auf die Preisentwicklung. Sobald hier Probleme auftreten, dürfte die Wirtschaftspolitik nach den vorliegenden Anzeichen bemüht sein, dem Investitionswachstum die Priorität vor dem Konsum einzuräumen.

Diesen fundamentalen Verschiebungen bei der Verwendung des Sozialprodukts entsprechen gleichermaßen fundamentale Verschiebungen auf der Einkommensseite. So sind die Gewinne der Unternehmen deutlich gestiegen bzw. ihre Verluste gesunken.⁵ Bei den Einkommen der privaten Haushalte ist eine analoge Entwicklung erkennbar. Unmittelbar nach der Krise kam es zu einer drastischen und seither bestenfalls teilweise revidierten Absenkung des Reallohnlevels und mehr noch der realen Renten

(Tabelle 1 und Abbildung 1 oben). Dieser Abwärtsentwicklung steht eine kräftige Aufwärtsentwicklung der übrigen Einkommen der privaten Haushalte gegenüber, vor allem der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen⁶ (Abbildung 1 unten). Anhebungen der Löhne⁷ und Renten wurden im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen entweder bereits realisiert (Renten) oder angekündigt und

⁴ Soweit nicht anders vermerkt, sind die hier verwendeten Zahlen den Veröffentlichungen des Staatlichen Komitees für Statistik (Goskomstat) entnommen. Die Frage der Zuverlässigkeit dieser Zahlen wurde in früheren Berichten mehrfach angesprochen.

⁵ Mehr als diese Trendaussage lässt sich angesichts der Unzuverlässigkeit der russischen statistischen Angaben nicht ohne Weiteres treffen. Dies hat vor allen Dingen damit zu tun, dass es russischen Unternehmen in extremem Maße gelingt, die absolute Höhe ihrer Gewinne zum Zweck der Steuervermeidung niedrig auszuweisen bzw. in Verluste zu kehren.

⁶ „Real“ ist dieser Zuwachs in Rubel, nicht jedoch auch in Dollar.

⁷ Diese erfolgte über die Anhebung der Minimallöhne, an die über Koeffizienten ein großer Teil der übrigen Löhne gebunden ist.

Tabelle 1

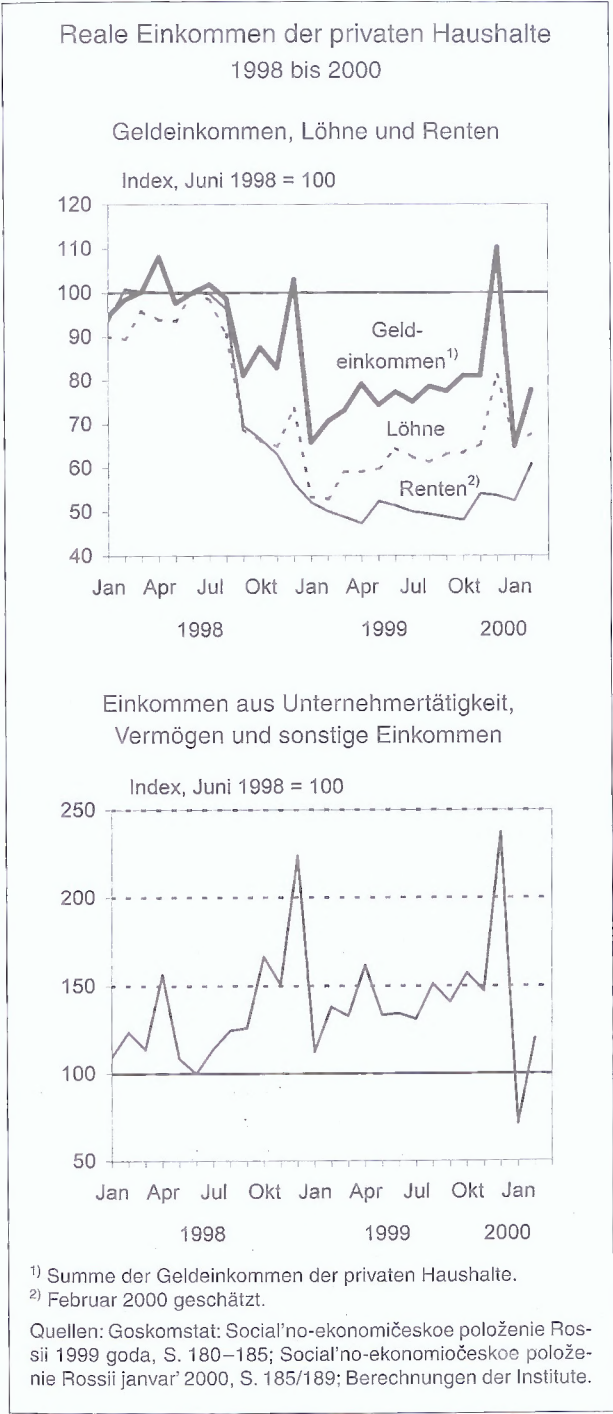
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990 bis 2000
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	Januar und Februar 2000 ⁷⁾
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	-3,0	-5,0	-14,5	-8,7	-12,7	-4,2	-4,9	0,8	-4,9	3,2	-
Industrieproduktion ¹⁾	-0,1	-8,0	-18,0	-14,1	-20,9	-3,3	-4,0	2,0	-5,2	8,1	13,0
Agrarproduktion ¹⁾	-3,6	-5,0	-9,0	-4,0	-12,0	-8,0	-5,1	1,3	-13,2	2,4	0,9
Bruttoanlageinvestitionen ¹⁾	0,1	-15,0	-40,0	-12,0	-24,0	-10,0	-18,1	-5,0	-6,7	4,5 ⁸⁾	6,3
Gütertransportvolumen ²⁾	-	-7,4	-23,6	-5,0	-24,3	-10,2	-17,7	-9,8	-5,3	5,5	-
Gütertransportvolumen ³⁾	-	-7,4	-13,9	-11,5	-14,2	-1,0	-4,6	-3,4	-3,4	5,2	8,8
Einzelhandelsumsatz ¹⁾	12,0	-3,2	-3,0	1,9	0,1	-7,0	-4,1	4,7	-3,3	-7,7	7,1
Entgeltliche Dienstleistungen für Endverbraucher ¹⁾	10,2	-17,0	-18,0	-30,0	-38,0	-18,0	-5,8	3,3	-0,5	2,4	-
Nominale Geldeinkommen pro Kopf der Bevölkerung	18,0	120	750	1030	360	158	46,1	22,7	5,8	58,3	33,3
Reale Geldeinkommen der privaten Haushalte ⁴⁾	-	7,5	-50,5	11,2	13,0	-15,0	-0,8	6,3	-16,9	-15,8	4,6
Nominallöhne und -gehälter	15,0	81,0	994	878	276	114	57,3	20,2	10,6	43,4	63,2
Reallöhne und -gehälter	-	-3,0	-33,0	0,4	-8,0	-28,0	6,4	4,7	-13,4	-22,8	28,5
Renten, real	-	-	-48,1	30,7	-3,2	-19,5	8,7	-5,4	-	-39,4	-
Verbraucherpreise ⁵⁾	6,0	160	2510	840	215	131	21,8	11,0	84,4	36,5	17,4 ⁹⁾
Industrielle Erzeugerpreise ⁵⁾	4,0	240	3280	895	233	175	25,6	7,5	23,2	67,3	35,5 ⁹⁾
Warenexport (in USD)	-	-	-	11,3	13,2	20,1	9,3	-0,3	-15,9	0,2	-
Warenimport (in USD)	-	-	-	3,1	14,0	20,6	12,9	7,0	-19,8	-30,5	-
Arbeitslosenquote ⁶⁾	-	-	5,2	6,0	7,7	9,0	9,9	11,2	11,9	11,7	12,3

¹⁾ Real. — ²⁾ Auf Tonnenbasis. — ³⁾ Auf Basis Tonnen-Kilometer. — ⁴⁾ 1991 bis 1993: Dezember zu Dezember des Vorjahres; 1994 bis 1999: Jahresdurchschnitt. — ⁵⁾ 1990: Jahresdurchschnitt, 1991 bis 1999: Dezember zu Dezember des Vorjahres. — ⁶⁾ Am Periodenende; ILO-Methodik. — ⁷⁾ Januar und Februar 2000 zu entsprechendem Vorjahreswert. — ⁸⁾ Möglicherweise fragwürdige Revision einer ursprünglichen Angabe von 1,0 %. — ⁹⁾ 1. Quartal 2000, auf Jahresbasis hochgerechnet.

Quellen: Goskomstat: Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g., Moskau 1991, S. 129, 177, 352. Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii, Moskau 1992, S. 14 f; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 254; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 7, 8, 179 und 182; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1998, S. 7, 8, 103 ff. und 284; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1998 g., Moskau 1999, S. 7-8, 105, 260, 279; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1999, Moskau, 1999, S. 170, 564; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1999 g., Moskau 1999, S. 7, 8, 58, 179 und 192; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 2000, S. 7, 184, 189 und 194; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 5.4.2000.

Abbildung 1



unmittelbar danach realisiert (Löhne); dies brachte jedoch keine Korrektur des allgemeinen Trends mit sich. Um so weniger ist dies künftig zu erwarten.⁸

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts (BIP) schlägt sich die Erholung vor allem in einer starken Zunahme der industriellen Bruttoproduktion nieder, die sich im ersten Quartal 2000 weiter beschleunigte (Tabel-

le 1). Die Entwicklung erfasste aber auch den Transport- und den Bausektor, wiederum mit einer Beschleunigungstendenz im ersten Quartal 2000.

Strukturen, Preise, Beschäftigung

Eine genauere Betrachtung der Zusammensetzung des BIP zeigt bei den Investitionen die starke Rolle der Industrie; auf sie entfällt der größte Anteil an den gesamtwirtschaftlichen Investitionen (Abbildung 2, linker Teil). Von Gewicht sind auch der Transportsektor sowie der Bereich Wohnungs- und Kommunalwirtschaft. Innerhalb des Sektors Industrie entfallen die größten Investitionsanteile auf die Brennstoffindustrie und die Nahrungsmittelindustrie.

Aufschlussreich ist nun eine Gegenüberstellung dieser Investitionsanteile mit den Anteilen der einzelnen Wirtschaftsbereiche an der gesamtwirtschaftlichen Gewinnsumme.⁹ Dabei zeigt sich, dass die Industrie zwar auch in Bezug auf den Gewinnanteil führend ist, dieser jedoch weitaus höher ausfällt als der Investitionsanteil. Dies kann als Indiz dafür genommen werden, dass die Industrie die übrigen Teile der russischen Volkswirtschaft quasi mitfinanziert. Selbstverständlich kann dies auf verschiedenen Wegen vor sich gehen. Es sind freiwillige Mittelflüsse vorstellbar (Finanzintermediation), unfreiwillige (Umverteilung über öffentliche Haushalte) scheinen jedoch zu dominieren. Die Diskrepanzen zwischen den Gewinn- und Investitionsanteilen (Abbildung 2, rechter Teil) legen die These nahe, dass vor allem der Bereich Wohnungswirtschaft und Kommunalwesen sowie die Landwirtschaft Mittel anderer Wirtschaftsbereiche absorbieren. Der vermutete Nettozufluss von Mitteln in den Bereich Transport und Kommunikation könnte aber, insbesondere bei der Telekommunikation, auch auf freiwillige Mittelflüsse zurückzuführen sein. Innerhalb der Industrie scheinen vor allem die NE-Metallurgie und der Brennstoffbereich erwirtschaftete Gewinne nicht auch selbst für Investitionen zu verwenden, sondern für andere Bereiche bereitzustellen bzw. abgeben zu müssen.

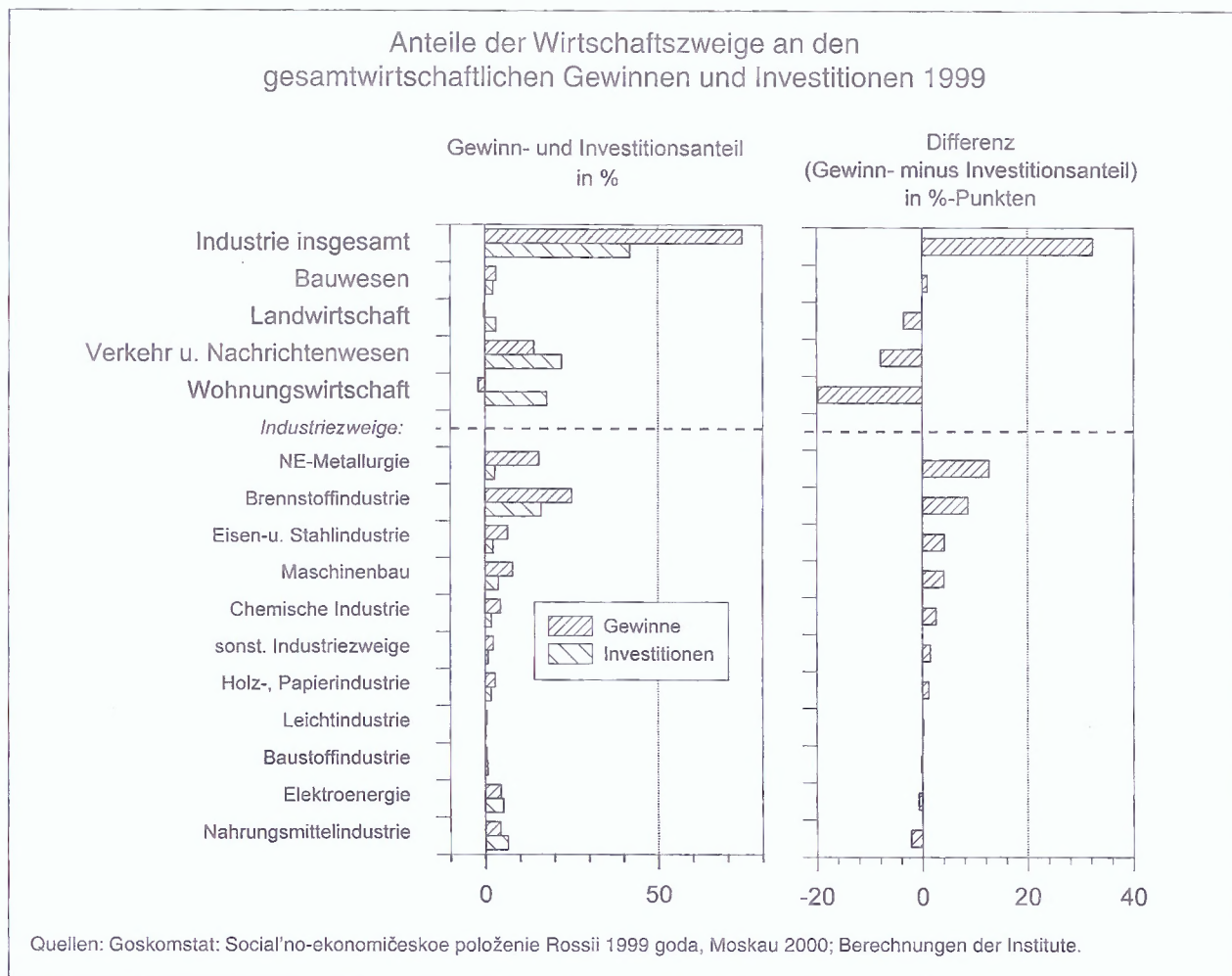
Insgesamt gibt diese Betrachtung Anlass zu der Vermutung, dass, entgegen einer verbreiteten Vorstellung, zumindest in der jetzigen Phase nicht die Industrie auf Kosten der übrigen Wirtschaftsbereiche investiert, sondern umgekehrt die Industrie sogar in beträchtlichem Umfang Mittel abgeben muss, vor allem an den Bereich Wohnungswirtschaft und Kommunalwesen sowie an die Landwirtschaft.

Das Gewicht der Industrie und das Tempo ihrer Erholung lassen eine genauere Betrachtung lohnend erscheinen.

⁸ Daran werden auch Klagen des derzeitigen Arbeitsministers über viel zu niedrige Löhne nichts ändern können; vgl. Komsomolskaja Pravda vom 3. April 2000.

⁹ Dies ist Gegenstand einer laufenden Forschungsarbeit am DIW.

Abbildung 2



nen. Dabei zeigen sich in nahezu sämtlichen Industriezweigen nicht nur starke Produktionszunahmen, sondern auch die genannten Beschleunigungstendenzen im ersten Quartal 2000 (Tabelle 2). Wegen des unterschiedlichen Gewichts der einzelnen Industriezweige muss selbstverständlich eine hohe Wachstumsrate nicht unbedingt auch einen hohen Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Produktionswachstum bedeuten. Berücksichtigt man zusätzlich das Gewicht der einzelnen Industriezweige, so zeigt sich, dass der Bereich Maschinenbau und Metallverarbeitung etwa ein Drittel — und damit mit weitem Abstand am stärksten — zur gesamtwirtschaftlichen Erholung beitrug (Abbildung 3). Weitaus schwächere, aber immer noch wichtige Beiträge lieferten — in dieser Reihenfolge — die Chemische Industrie, die Stahlindustrie, die Nahrungsmittelindustrie, die NE-Metallurgie sowie die Holz- und Papierindustrie. Die Leichtindustrie konnte trotz außerordentlich hoher Wachstumsraten wegen ihres mittlerweile verschwindend geringen Anteils an der Industrieproduktion keinen nennenswerten Beitrag zur industriellen Erholung leisten.¹⁰

Eine Betrachtung der einzelnen Produktkategorien zeigt sowohl die investive als auch die konsumtive Seite der Erholung. Auf Investitionsaktivitäten deuten die kräftigen Produktionszuwächse im Anlagenbau für die Chemie und Petrochemie hin, ebenso wie die bei Bohrausrüstungen, bei Holzbearbeitungsmaschinen und bei Landmaschinen. Dabei ist jedoch angesichts der desolaten Finanzsituation im Agrarsektor zu vermuten, dass wieder mehr von staatlichen Einflussmöglichkeiten und Finanzhilfen, wenn nicht gar direkten Eingriffen, Gebrauch gemacht wurde.¹¹

¹⁰ Die kaum nennenswerte Zunahme der Stromerzeugung trotz kräftig gestiegener Industrieproduktion kann sowohl bedeuten, dass die enorme Ineffizienz des Energieeinsatzes etwas reduziert werden konnte, als auch, dass der Umfang der Schattenwirtschaft abgenommen hat, also die industrielle Produktion nicht wirklich erhöht wurde, sondern nur aus dem Schatten quasi in das (statistische) Licht trat. Eine Kombination beider Möglichkeiten dürfte der Wahrheit am nächsten kommen.

¹¹ Bemerkenswerte Produktionszunahmen gab es auch bei potentiell effizienzsteigernden Investitionsgütern wie Registrierkassen, Stromzählern und Wasserzählern.

Tabelle 2

Entwicklung der Industrieproduktion nach Zweigen

	Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %											Struktur in %
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	Januar und Februar 2000 ²⁾	1999
Industrie insgesamt ¹⁾	0	-8	-18	-14	-21	-3	-4	2	-5,2	8,1	13,0	100,0
Elektrizitätswirtschaft	2	0	-5	-5	-9	-3	-2	-2	-2,5	0,2	4,1	10,1
Brennstoffindustrie	-3	-6	-7	-12	-11	-2	-3	0	-2,5	2,4	4,8	16,5
Eisen- und Stahlindustrie	-2	-7	-16	-17	-17	9	-4	1	-8,1	14,4	29,8	8,4
NE-Metallurgie	-2	-9	-25	-14	-9	1	-5	5	-5,0	8,5	13,8	9,8
Chemische und Petro- chemische Industrie	-2	-6	-22	-22	-29	7	-11	2	-7,5	21,7	28,5	6,7
Maschinenbau und Metallverarbeitung	1	-10	-15	-16	-38	-8	-11	4	-7,5	15,9	13,1	19,0
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1	-9	-15	-19	-31	-5	-22	1	-0,4	17,2	22,4	4,8
Baustoffindustrie	-1	-2	-20	-16	-29	-8	-25	-4	-5,8	7,7	13,5	3,0
Leichtindustrie	0	-9	-30	-23	-47	-31	-28	-2	-11,5	20,1	51,8	1,8
Nahrungsmittelindustrie	0	-10	-16	-9	-22	-9	-9	-1	-1,9	7,5	18,1	14,6

¹⁾ Von 1994 an einschließlich kleiner und mittlerer Betriebe. Bei den Daten für die einzelnen Zweige sind in allen Jahren nur die Groß- und Mittelbetriebe erfasst. — ²⁾ Januar und Februar 2000 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode.

Quellen: Goskomstat: Rossijskaja Federacija v 1992 godu, Moskau 1993, S. 367; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996, S. 492; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1997, S. 26-27; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1999, S. 16; Informacija o social'no-ekonomičeskom položenii Rossii janvar'-sentjabr' 1999; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1999 g., Moskau 1999, S. 12; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1999, Moskau 1999, S. 302; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 2000, S. 12 und 13; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 5.4.2000.

Der gesamtwirtschaftlich bedeutsame Automobilbau hat ebenfalls hohe Wachstumsraten aufzuweisen, die sich sowohl auf Investitionsgüter (Lkw) als auch auf Güter mit eher konsumtivem Charakter (Pkw) erstrecken. Gerade hier dürfte die Importsubstitution eine bedeutende Rolle spielen. Ähnliches gilt für die eindeutig konsumorientierte Nahrungsmittelindustrie, die außerordentlich starke Produktionszunahmen bei einfachen Grundnahrungsmitteln sowie Zigaretten und Wodka verzeichnet.

Im Allgemeinen und gerade bei wichtigen Produkten wie Automobilen und Nahrungsmitteln reichten die Produktionssteigerungen jedoch bei weitem nicht aus, um den Importrückgang auszugleichen, so dass es zu deutlichen Rückgängen des Binnenverbrauchs kam. Bei höherwertigen Lebensmitteln (vor allem bei Fleisch und Fleischprodukten) gingen ohnehin nicht nur die Importe, sondern auch die Produktion weiter drastisch zurück.¹²

Die Preisentwicklung (Tabellen 3 und 4) ist durch zwei Merkmale charakterisiert. Einmal ist eine Normalisierung bei der Zunahme der Verbraucherpreise festzustellen. Umgerechnet auf Jahresbasis zogen die Verbraucherpreise im ersten Quartal 2000 nur mehr um 17 % an. Zugleich sind weiterhin deutliche Unterschiede bei der Preisentwicklung für einzelne Güterkategorien und Dienstleistungen zu beobachten. Dies bedeutet auch, dass transforma-

tionsbedingte und erwünschte Veränderungen der relativen Preise noch voll im Gange sind. Sollen die Spielräume für eine solche Anpassung der relativen Preise bestehen bleiben, ohne dass dies absolute Preisrückgänge bei einzelnen Gütergruppen erforderlich macht, so dürfte die gegenwärtige Preissteigerungsrate in etwa angemessen sein.

Die Arbeitslosenquote war im Zuge der Krise deutlich gestiegen. In absoluten Zahlen nahmen aber nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die Beschäftigten und die Erwerbspersonen leicht zu (Tabelle 5). Die Quote liegt seit einiger Zeit bei 12,3 %. Es ist immer wieder daran zu erinnern, dass diese Arbeitsmarktzahlen mit beträchtlichen Unsicherheiten behaftet sind.¹³ Auffallend ist weiterhin die

¹² Eine Ausnahme bildet die außerordentlich starke Produktionszunahme bei Fleischkonserven, die möglicherweise kriegsbedingt ist.

¹³ Deren Ausmaß lässt sich schon allein daran erkennen, dass während des letzten Jahrzehnts das russische BIP um etwa die Hälfte zurückgegangen ist, die Arbeitslosigkeit dagegen nur vergleichsweise geringfügig zunahm. Die implizierte starke Abnahme der Arbeitsproduktivität deutet, soweit sie der Realität entspricht, auf nur formale Arbeitsverhältnisse und, soweit sie nur eine statistische Fiktion ist, auf eine umfangreiche Schattenwirtschaft hin.

Abbildung 3

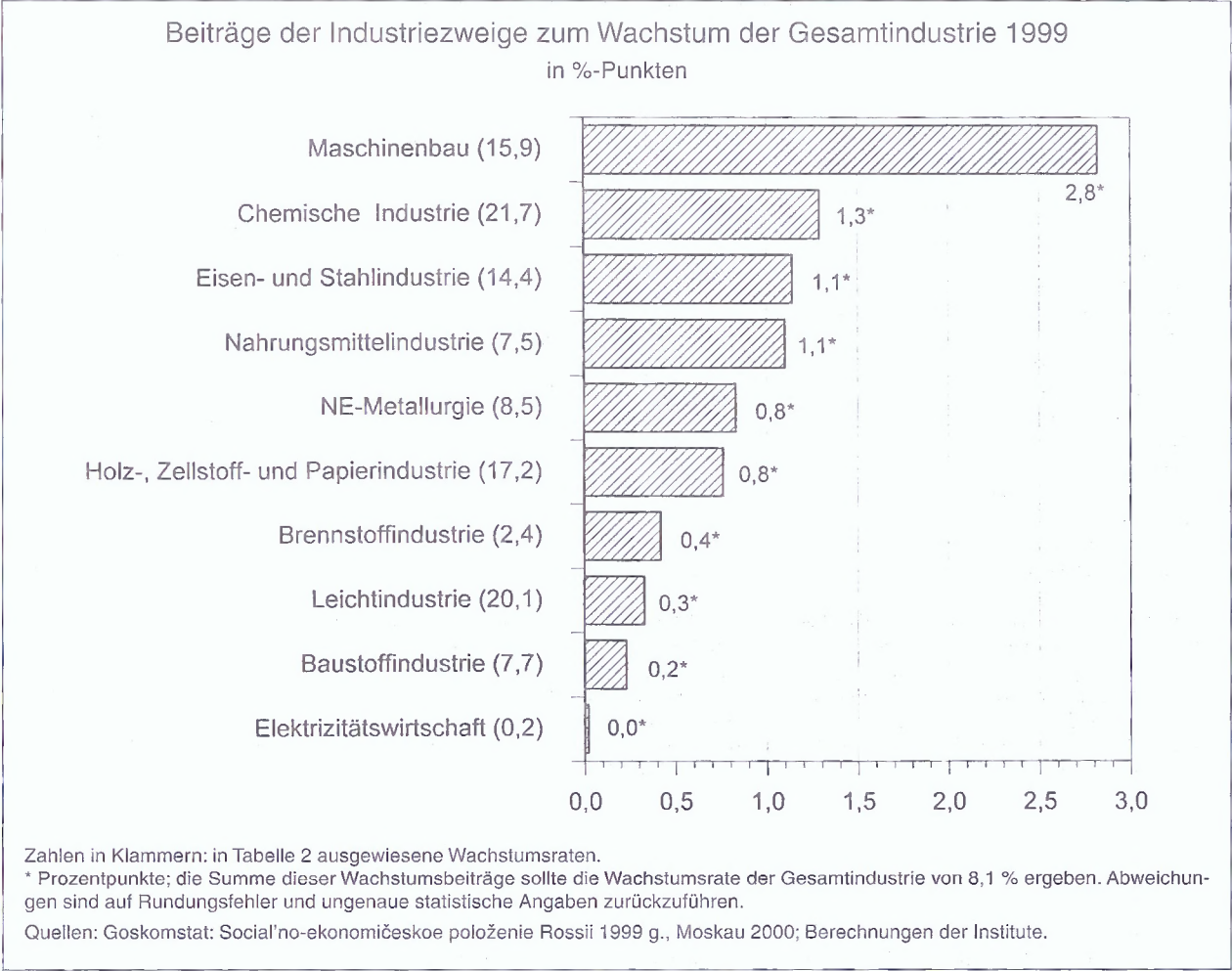


Tabelle 3

Monatliche Preisentwicklung														
Veränderungen gegenüber dem Vormonat in %														
	Verbraucherpreise							Industrielle Erzeugerpreise						
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Januar	17,9	17,8	4,1	2,3	1,5	8,4	2,3	19,0	21,5	3,2	1,1	0,9	6,9	4,0
Februar	10,7	11,0	2,8	1,5	0,9	4,1	1,0	15,1	16,9	2,7	1,6	0,5	5,6	3,8
März	7,4	8,9	2,8	1,4	0,6	2,8	0,6	10,2	10,8	2,6	1,3	-0,1	3,9	-
April	8,5	8,5	2,2	1,0	0,4	3,0	-	10,6	14,8	2,4	0,8	0,0	3,7	-
Mai	7,0	7,9	1,6	0,9	0,5	2,2	-	6,6	8,9	1,1	0,5	-0,9	3,6	-
Juni	6,0	6,7	1,2	1,1	0,1	1,9	-	8,4	6,1	1,6	0,8	0,0	3,7	-
Juli	5,3	5,4	0,7	0,9	0,2	2,8	-	7,8	6,7	1,2	0,2	-0,8	3,1	-
August	4,7	4,6	-0,2	-0,1	3,7	1,2	-	5,8	6,7	2,1	0,5	-1,2	4,6	-
September	7,9	4,4	0,3	-0,3	38,4	1,5	-	7,3	5,7	1,7	0,1	7,4	5,9	-
Oktober	15,0	4,7	1,2	0,2	4,5	1,4	-	11,0	4,6	2,8	0,1	5,9	5,5	-
November	14,6	4,5	1,9	0,6	5,7	1,2	-	12,6	2,9	0,9	0,2	5,1	3,9	-
Dezember	16,5	3,2	1,4	1,0	11,6	1,3	-	12,9	1,9	0,8	0,0	4,8	2,2	-

Quellen: Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 153; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 110; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1998, S. 176, 195 und 196; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1999, S. 173; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii januar' 2000, S. 126; Pressemeldungen auf der Basis von Goskomstat; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 27.02.2000.

Tabelle 4

Preisentwicklung
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %¹⁾

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 ²⁾	
										Januar und Februar	1. Quartal
Verbraucherpreise	160	2 510	840	215	131	22	11	84	36,5	3,4	4,1
Nahrungsmittel	171	2 570	838	233	123	18	9	96	35,9	2,6	2,7
Alkoholische Getränke	52	2 370	655	131	127	53	18	51	12,3	12,3	-
Andere Konsumgüter	211	2 570	642	169	116	18	8	100	39,2	3,5	-
Dienstleistungen	79	2 120	2 310	522	232	48	23	18	34,0	6,4	8,0
Industrielle Erzeugerpreise	240	3 280	895	233	175	26	7	23	67,3	7,9	-
Elektrizitätswirtschaft	110	5 410	9 170	229	199	35	9	3	14,4	6,5	-
Brennstoffindustrie	130	9 170	634	201	187	40	19	1	134,9	15,8	-
Eisen- und Stahlindustrie	240	3 520	1 086	242	185	16	1	12	89,9	10,3	-
NE-Metallurgie	230	5 120	558	296	121	12	3	76	115,8	12,0	-
Chemieindustrie	170	3 790	848	262	168	18	5	26	43,8	3,1	-
Petrochemie	150	5 250	672	260	167	24	11	17	66,5	7,3	-
Maschinenbau und Metallverarbeitung ³⁾	210	2 620	949	230	178	24	9	29	49,6	7,7	-
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	240	1 920	889	271	174	12	8	43	67,7	7,2	-
Baustoffindustrie	210	2 710	1 145	212	171	34	9	13	37,3	5,0	-
Leichtindustrie	370	1 160	381	241	163	20	10	44	56,0	3,6	-
Nahrungsmittelindustrie	310	2 630	971	208	156	22	11	53	62,6	1,9	-

¹⁾ Dezember zu Dezember des Vorjahres. — ²⁾ Gegen Dezember 1999. — ³⁾ Nur Maschinenbau.

Quellen: Goskomstat: Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996, S. 904; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g., Moskau 1997, S. 111, 114 und 125; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g., Moskau 1997, S. 176, 177, 197 und 198; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1998 g., Moskau 1998, S. 171, 173, 182 ff.; Informacija o social'no-ekonomičeskom položenii Rossii janvar'-sentjabr' 1999; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1999 g., Moskau 1999, S. 120, 131; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar' 2000, S. 120, 126; Pressemeldungen auf der Basis von Goskomstat; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 5.4.2000.

Tabelle 5

Arbeitsmarkt 1992 bis 2000¹⁾

	Erwerbs- personen	Beschäftigte	Arbeitslose		Registrierte Arbeitslose		Anteil der registrierten an der Gesamtzahl der Arbeitslosen
	in Mill.	in Mill.	in Mill.	Quote in %	in Mill.	Quote in %	in %
1992	76,0	72,1	3,9	5,2	0,6	0,8	14,9
1993	75,4	70,9	4,5	6,0	0,8	1,1	19,4
1994	74,2	68,5	5,7	7,7	1,6	2,2	28,7
1995	73,0	66,4	6,5	9,0	2,3	3,2	34,7
1996	73,2	66,0	7,3	9,9	2,5	3,4	37,2
1997	72,8	64,6	8,1	11,2	2,0	2,7	24,8
1998	72,2	63,6	8,6	11,9	1,9	2,6	22,1
1999	74,0	64,9	9,1	12,3	1,3	1,8	14,3
Januar 2000	74,0	64,9	9,1	12,3	1,3	1,7	14,3
Februar 2000	74,0	64,9	9,1	12,3	1,2	1,7	13,2

¹⁾ Alle Angaben zum Ende der Periode.

Quellen: Goskomstat: Russia in Figures, S. 79 ff., Moskau 1999; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1999 g., S. 192 und Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' 2000, S. 194; Website von Goskomstat: <http://www.gks.ru> vom 27.02.2000.

hohe Mobilität der Beschäftigten, die nicht ohne weiteres mit dem Bild verkrusteter Beschäftigungsstrukturen vereinbar ist.

Verzögerte Steuerreform behindert Investitionen

Das Defizit des konsolidierten Haushalts, in dem der Föderationshaushalt, die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften und neuerdings auch ausgewählte Sonderfonds zusammengefasst sind, lag 1999 mit 1,2 % des BIP erstmals seit Beginn der Transformation unter der 2%-Marke (Tabelle 6, Abbildung 4). Es wurde nahezu vollständig durch internationale Kredite finanziert, die allerdings nicht Ausdruck eines verbesserten Zu-

gangs zum internationalen Kapitalmarkt, sondern der anhaltenden Einbeziehung internationaler Finanzorganisationen in den russischen Transformationsprozess waren.

Die Entspannung der fiskalischen Situation geht zunächst auf buchhaltungstechnische Veränderungen und die wechselseitige Verrechnung ausstehender Forderungen zwischen dem Unternehmens- und dem Staatssektor zurück.¹⁴ Ein deutlicher Anstieg der ausgewiesenen Verteidigungsausgaben, wie er angesichts des Tschetschenienkrieges zu erwarten gewesen wäre, ist nicht zu ver-

¹⁴ Vgl. Bank of Finland, Institute for Economies in Transition (BOFIT). Timo Harell. Russian and Baltic Economies. The Week in Review, Nr. 11/2000.

Tabelle 6

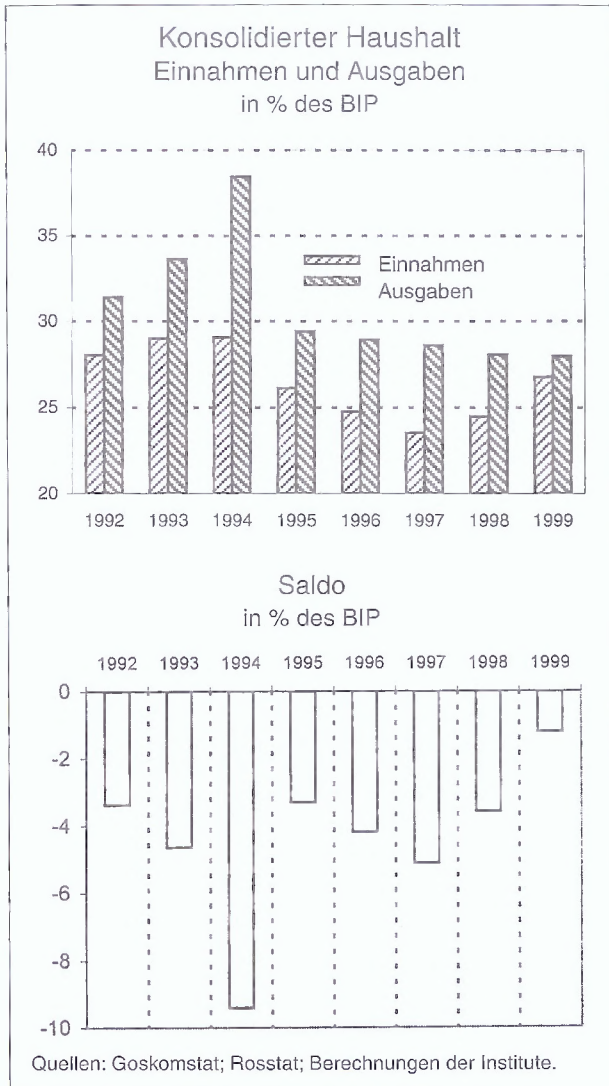
Konsolidierter Haushalt Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben

	1992 ¹⁾	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	1992 ¹⁾	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	in % der Gesamteinnahmen/-ausgaben								in % des BIP							
Einnahmen, insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	28,0	29,0	29,0	26,1	24,8	23,5	24,5	26,8
Gewinnsteuer	29,4	33,8	27,5	27,0	17,3	15,8	14,7	18,4	8,2	9,8	8,0	7,0	4,3	3,7	3,6	4,9
Einkommensteuer	8,1	8,8	9,9	8,4	10,1	11,6	10,8	9,8	2,3	2,6	2,9	2,2	2,5	2,7	2,7	2,6
Akzisen	4,0	3,6	4,2	5,6	9,6	10,3	10,3	9,1	1,1	1,0	1,2	1,5	2,4	2,4	2,5	2,4
Mehrwertsteuer	37,5	22,5	21,0	22,0	25,8	26,5	23,8	24,0	10,5	6,5	6,1	5,7	6,4	6,2	5,8	6,4
Außenwirtschaft	8,8	4,7	10,8	4,6	3,0	1,1	2,4	2,9	2,5	1,4	3,1	1,2	0,7	0,3	0,6	0,8
Einnahmen																
aus Staatsvermögen	.	.	.	.	.	2,0	2,0	1,9	.	.	.	.	.	0,5	0,5	0,5
aus Privatisierung	.	.	.	.	.	1,8	2,7	.	.	.	.	.	.	0,4	0,7	.
Zweckgebundene Fonds	.	.	.	.	.	.	.	8,1	.	.	.	.	.	.	.	2,2
Sonstige Einnahmen	12,2	26,6	26,6	32,3	34,2	30,9	33,3	26,0	3,4	7,7	7,7	8,4	8,5	7,3	8,2	6,9
Ausgaben, insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	31,4	33,6	38,5	29,4	28,9	28,6	28,0	28,0
Volkswirtschaft	34,5	28,1	27,0	.	.	.	.	.	10,8	9,4	10,4	.	.	.	.	.
Industrie, Energie, Bauwirtschaft	.	.	.	7,4	6,0	4,6	2,9	2,5	.	.	.	2,2	1,7	1,3	0,8	0,7
Landwirtschaft, Fischerei	.	.	.	4,2	3,9	3,4	2,6	2,9	.	.	.	1,2	1,1	3,4	0,7	0,8
Transport, Kommunikation	.	.	.	2,7	.	2,8	2,5	2,1	.	.	.	0,8	.	0,8	0,7	0,6
Sozial-kulturelle Zwecke	23,2	24,9	23,5	26,0	28,9	34,0	31,7	29,2	7,3	8,4	9,0	7,7	8,4	9,7	8,9	8,2
Bildung	.	.	.	11,6	.	.	.	.	.	.	.	3,4	.	.	.	.
Gesundheit	.	.	.	8,3	.	.	.	.	.	.	.	2,4	.	.	.	.
Soziale Sicherung	.	.	.	4,2	.	.	.	.	.	.	.	1,2	.	.	.	.
Verteidigung	14,3	12,5	11,9	9,8	9,8	10,2	7,5	9,3	4,5	4,2	4,6	2,9	2,8	2,9	2,1	2,6
Verwaltung und Rechtsorgane	5,9	7,3	7,9	7,7	.	10,3	9,6	9,7	1,8	2,4	3,0	2,3	.	2,9	2,7	2,7
Außenwirtschaft	7,0	4,8	2,1	4,4	4,1	.	.	.	2,2	1,6	0,8	1,3	1,2	.	.	.
Schuldendienst	.	.	.	5,1	6,6	6,2	14,2	13,0	.	.	.	1,5	1,9	1,8	4,0	3,6
Umweltschutz	.	.	.	.	.	0,5	0,4	0,4	.	.	.	.	.	0,2	0,1	0,1
Zweckgebundene Fonds	.	.	.	.	.	.	.	7,4	.	.	.	.	.	.	.	2,1
Sonstige Ausgaben	15,2	22,5	27,5	8,6	40,9	28,0	28,5	23,6	4,8	7,6	10,6	2,5	11,8	5,6	8,0	6,6
Saldo in % der Ausgaben / des BIP	-10,8	-13,8	-24,5	-11,2	-14,4	-18,0	-14,0	-4,3	-3,4	-4,6	-9,4	-3,3	-4,2	-5,1	-3,5	-1,2

¹⁾ Im Jahre 1992 war der Umfang der außerbudgetären Aktivitäten erheblich. Vgl. Voprosy Ekonomiki, Nr. 1/1994, S. 42.

Quellen: Goskomstat: Rossijskij statističeskij ežegodnik 1995, Moskau 1995; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1996, Moskau 1996; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1996 g. und 1997 g.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1998 g., Moskau 1999; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' 2000, Moskau 2000; Russisches Finanzministerium; Berechnungen der Institute.

Abbildung 4



zeichnen. Insgesamt standen im Jahre 1999 vor allem drei Faktoren hinter der Entwicklung der öffentlichen Haushalte.

Erstens geht der Anstieg der Einnahmen des konsolidierten Haushalts auch auf die Einbeziehung vormals außerbudgetärer Fonds in den Haushalt zurück. Eine Zunahme der Steuereinnahmen war erst im vierten Quartal zu verzeichnen, als die wirtschaftliche Belebung an Fahrt gewonnen hatte. Die Mitte 1999 eingeführten Exportzölle sind zunächst noch nicht voll haushaltswirksam geworden. Dazu dürfte einerseits der Rückgang der Exporttätigkeit beigetragen haben, andererseits aber auch die Tatsache, dass Veränderungen der (Zoll-) Gesetzgebung erst mit Verzögerung zu entsprechenden Haushaltseinnahmen führen. Der Einbruch der realen Einkommen der privaten Haushalte ging nicht mit drastischen Rückgängen bei der Einkommensteuer einher; vielmehr erreichten die Einnah-

men aus dieser Steuerart bezogen auf das BIP ungefähr das Vorjahresniveau. Hintergrund dieser Entwicklung ist vor allem, dass durch eine verzögerte Anpassung der Einkommensklassen in einer inflationären Umwelt auch nominale Einkommenssteigerungen progressiv besteuert werden.¹⁵

Zweitens stiegen die Einnahmen des föderalen Haushalts im Verlauf des Jahres 1999 deutlich auf 13,7% des BIP (1998: 12,1%). In den ersten drei Quartalen lagen die Einnahmen des Föderationshaushalts noch bei 10,6%; erst im vierten Quartal kam es zu einem entsprechenden Anstieg.¹⁶ Allerdings geht dieser nicht allein auf die gesamtwirtschaftliche Belebung zurück. Auf der Föderationsebene trug auch die veränderte Aufteilung der Aufkommen aus wichtigen Steuerarten — seit 1999 ist ein höherer Anteil der Mehrwertsteuer und der Einkommensteuer natürlicher Personen an die Föderation abzuführen¹⁷ — zu der Verbesserung der Einnahmesituation bei. Außerdem hat die Föderation über 20 ihrer regionalen Finanzgouverneure ausgewechselt, auch um die Steuererhebung zu verbessern, insbesondere um der Nichtzahlung, der Gewährung von Steuervergünstigungen und Bartergeschäften entgegenzuwirken.

Drittens führten 1999 die Zahlungseinstellungen und -verzögerungen gegenüber heimischen und ausländischen Kreditgebern zu geringeren Ausgaben. Die Föderation, der größte russische Schuldner auf dem internationalen Kapitalmarkt, reduzierte die Zahlungen für Schulden aus der Sowjetperiode deutlich. Nach Schätzungen der Institute wären 1999 etwa 17,1 Mrd. US-Dollar als Zins- und Tilgungszahlungen fällig gewesen — etwa 30 % mehr als 1998. Das Russische Statistische Amt weist dagegen zum Jahresende 1999 nur einen Schuldendienst des Staates von 6,6 Mrd. US-Dollar bzw. 3,6 % des BIP aus. Damit blieb der Schuldendienst noch hinter dem des Krisenjahres 1998 zurück.

In der Folge wies die Primärbilanz¹⁸ des Föderationshaushalts 1999 einen Überschuss von 2,4 % des BIP aus.

¹⁵ Zum 1. Januar 2000 wurden die Einkommensklassen verändert: Jahreseinkommen bis zu 50 000 Rubel fallen unter einen 12-prozentigen Steuersatz. Bei Einkommen von weniger als 150 000 Rubel wird eine Pauschale von 6 000 Rubel für die ersten 50 000 Rubel fällig. Zusätzlich fällt der Betrag bis zum Erreichen der Marke von 150 000 Rubel unter eine 20-prozentige Besteuerung. Bei Einkommen über 150 000 Rubel wird eine Pauschale von 26 000 Rubel für die ersten 150 000 Rubel plus eine 30-prozentige Besteuerung des darüber liegenden Betrages fällig. Einkommen von mehr als 300 000 Rubel fallen unter einen Grenzsteuersatz von 45 %. Vgl. Bank of Finland. Institute for Economics in Transition (BOFIT). Timo Harell. Russian and Baltic Economies. The Week in Review, Nr. 49/1999.

¹⁶ Vgl. Bank of Finland. Institute for Economics in Transition (BOFIT). Timo Harell. Russian and Baltic Economies. The Week in Review, Nr. 1/2000.

¹⁷ *Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii*. Nr. 9/1999 (Haushaltsgesetz 1999).

¹⁸ Primärbilanz = Einnahmen — Ausgaben ohne Zinsausgaben.

Üblicherweise wird das Vorzeichen der Primärbilanz bei der Interpretation der grundlegenden Ausrichtung der Fiskalpolitik herangezogen. Bei einem Überschuss in der genannten Höhe gilt die Fiskalpolitik als restriktiv. Unter den besonderen finanzpolitischen Rahmenbedingungen in der Russischen Föderation, die insbesondere in umfangreichen quasi-fiskalischen Aktivitäten zum Ausdruck kommen, ist es allerdings problematisch, allein auf der Grundlage der Primärbilanz Aussagen über die finanzpolitische Grundausrichtung zu treffen.

Tatsächlich wirken die so genannten quasi-fiskalischen Aktivitäten genauso wie die offene Besteuerung oder Subventionierung ausgewählter Akteure oder Tätigkeiten. Der Unterschied besteht nur darin, dass die quasi-fiskalischen Aktivitäten im Haushalt unerfasst bleiben.¹⁹ Um die grundlegende Ausrichtung der Fiskalpolitik zu beurteilen, wäre es daher erforderlich, auch quasi-fiskalische Aktivitäten zu berücksichtigen. Theoretisch ist die Konstruktion entsprechender Indikatoren möglich,²⁰ allerdings sind die nötigen Informationen über das Ausmaß der quasi-fiskalischen Aktivitäten nur zu hohen Kosten oder gar nicht zu gewinnen.

Die Erholung der russischen Wirtschaft über eine verstärkte Investitionstätigkeit kann durch die Ausgestaltung der Steuergesetzgebung gefördert werden. Für potentielle Investoren sind auch Steuersätze, Abschreibungsmodalitäten und Kosten, die durch quasi-fiskalische Aktivitäten entstehen, von Bedeutung. Der offizielle Gewinnsteuersatz liegt derzeit bei 30 % — im internationalen Vergleich keineswegs außerordentlich hoch. Allerdings fallen unternehmerische Aktivitäten nicht nur unter diese eine Steuerart. Vielmehr werden insbesondere auf der regionalen und lokalen Ebene zahlreiche weitere Steuern erhoben.²¹ Aus der Sicht eines potentiellen Investors erhöhen sowohl diese unkoordinierten Steuern wie auch die nicht antizipierbaren Steuervergünstigungen die Unsicherheit.

Von besonderer Wichtigkeit ist daher die zügige Verabschiedung des zweiten Teils des Steuerkodex, der insbesondere die Grundzüge der Mehrwertsteuer,²² der Gewinnsteuer und der Einkommensteuer natürlicher Personen regeln soll.²³ Von dieser steuerrechtlichen Novellierung werden eine größere Transparenz, Konsistenz und Vereinfachung des Steuerrechts erwartet. Auch im Hinblick darauf werden Investitionsentscheidungen zurückgestellt. Folglich könnten von der Verabschiedung dieses Gesetzeswerkes positive Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgehen.

Die Haushaltsplanung (Föderationshaushalt) für das Jahr 2000 wurde noch auf der Grundlage der alten Steuergesetze formuliert. Dabei wurden eine Inflation von 18 % und ein Wirtschaftswachstum von 1,5 % unterstellt. Unter diesen Bedingungen sind Ausgaben in Höhe von 855 Mrd. Rubel (27 Mrd. US-Dollar oder 16 % des BIP)

und Einnahmen von 797 Mrd. Rubel (25 Mrd. US-Dollar oder 14,9 % des BIP) vorgesehen.²⁴ Die Primärbilanz würde demnach im Jahre 2000 einen Überschuss von knapp 3,2 % ausweisen. Im ersten Quartal 2000 zeigt die Primärbilanz nach vorläufigen Zahlen einen Überschuss von 3,5 %, und sogar unter Berücksichtigung des Schuldendienstes bleibt es bei einem Überschuss (0,7 %).²⁵ Grundsätzlich kann die Zentralbank zur Finanzierung des Haushaltsdefizits herangezogen werden. Erst jüngst wurden wieder entsprechende Maßnahmen, ein Finanzierungsvolumen von 30 Mrd. Rubel betreffend, in die Wege geleitet.²⁶ Die Finanzierung von Defiziten der außerbudgetären Fonds durch die Zentralbank wird weniger deutlich erkennbar.

Von der Finanzkrise zur finanziellen Intermediation?

Die Finanzkrise des Jahres 1998 hatte schwerwiegende Auswirkungen auf den russischen Bankensektor. Angesichts hoher Bestände an Forderungen gegenüber der Regierung und eines hohen Verschuldungsgrades gegenüber dem Ausland sah sich die Mehrheit der russischen Banken fallenden Vermögenswerten und stark steigenden Verbindlichkeiten gegenüber. Die großen Banken waren besonders betroffen; die gesamte Struktur des Bankensystems hat sich infolgedessen verschoben. Eine langfristige Lösung des Problems steht noch immer aus, und die Finanzierung des Unternehmenssektors durch die Banken ist weiterhin vernachlässigbar gering. Interessanterweise war es nicht ein Anstieg der überfälligen Kre-

¹⁹ Zusätzlich wird die Transparenz von fiskalischen Aktivitäten dadurch behindert, dass die haushaltsrelevanten Transaktionen üblicherweise auf der Grundlage der so genannten modifizierten "cash"-Basis erfasst werden: Einnahmen und Ausgaben werden zu dem Zeitpunkt gebucht, zu dem sie getätigt werden. Zahlungsverzögerungen auf der Ausgabenseite werden also bei dieser Erfassung nicht budgetrelevant. Eine Alternative dazu könnte die Verbuchung von Einnahmen zum Zahlungszeitpunkt bei einer gleichzeitigen Erfassung der Ausgaben zum Fälligkeitstermin darstellen. Bei der Zugrundelegung eines solchen Ansatzes würde das ausgewiesene Haushaltsdefizit typischerweise steigen.

²⁰ Vgl. G. Kopits, J. Craig: Transparency in Government Operations. IMF-Occasional Paper, Nr. 158/1998.

²¹ Vgl. dazu Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD): Economic Surveys. Russian Federation. März 2000.

²² Trotz des Vetos des Präsidenten gegen die Mehrwertsteuersenkung im Jahre 1999 wurden einige Veränderungen dieser Steuer durchgesetzt. Insbesondere wurde die Anzahl der Produkte, die unter den reduzierten Mehrwertsteuersatz fallen, reduziert.

²³ Der erste Teil des Steuerkodex trat zum 1. Januar 1999 in Kraft. Der dritte und vierte Teil des Steuerkodex enthalten Vorschriften über regionale und lokale Steuern.

²⁴ Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii. Nr. 1/2000 (Haushaltsgesetz 2000).

²⁵ Vgl. z. B. Reuters vom 3. April 2000.

²⁶ Vgl. z. B. Reuters/Moscow Times vom 5. April 2000.

dite, der die Bankenkrise in Russland ausgelöst hat, wenngleich internationalen Rechnungslegungsstandards zufolge weite Teile des russischen Bankensystems als technisch insolvent eingestuft werden müssen.²⁷

Die Situation im Bankensektor war in den vergangenen Monaten durch einen starken Aufbau an Überschussreserven der Banken bei der Zentralbank gekennzeichnet. Die gesamten Reserven der Geschäftsbanken, die sowohl die Konten der Banken bei der Zentralbank als auch Bargeldbestände umfassen, stiegen im Verlauf des Jahres 1999 um rund 85 % und entsprachen zum Jahresende umgerechnet 5,9 Mrd. US-Dollar. Hierin spiegelt sich zu einem geringen Teil eine Erhöhung der Mindestreservesätze wider.²⁸ Im Vergleich dazu hatten die Reserven im Jahre 1998 stetig von 10,6 auf 3,2 Mrd. US-Dollar abgenommen.²⁹

Überschussreserven von Geschäftsbanken treten im Verlauf des Transformationsprozesses häufig auf. Insbesondere in der frühen Transformationsphase stellen sie ein Problem bei der geldpolitischen Steuerung dar.³⁰ Halten Banken hohe Überschussreserven, so lassen Änderungen der Mindestreservesätze den Geldmultiplikator und damit das Geldangebot dann unverändert, wenn die Geschäftsbanken einfach einen Teil ihrer Überschussreserven in Mindestreserven überführen.

Die Tatsache, dass die russischen Banken in ihrer Gesamtheit als insolvent gelten müssen, gleichzeitig aber eine hohe Überschussliquidität aufweisen, mag auf den ersten Blick erstaunen. Allerdings ist eine solche Situation nicht ungewöhnlich. Sie kann auftreten, wenn Banken in der Lage sind, Auszahlungen von Konten durch die Hereinnahme neuer Depositen vorzunehmen.³¹ Wenn, am Ende einer Periode, Auszahlungen vorgenommen werden müssen, werden die Einleger somit nicht aus den Erträgen auf Kredite bedient, sondern aus neu hereingenommenen Depositen. Ein solches „Schneeballsystem“ kann nur solange funktionieren, wie das Angebot an Depositen konstant bleibt (bei Zinssätzen von Null) bzw. steigt (bei positiven Zinssätzen). Ein solcher Anstieg des Angebots an Depositen wiederum scheint zunächst in einer Situation, in der Banken Probleme mit ihrer Solvenz haben, ungewöhnlich. Direkte oder indirekte Eingriffe des Staates in die Funktionsweise des Finanzsystems, beispielsweise durch implizite Einlagensicherungssysteme, können als Erklärung herangezogen werden.

Im Fall Russlands hat die Regierung zudem ein System der Ablieferungspflicht für Exporterlöse eingeführt, das die Zunahme der Bankenliquidität zum Teil erklären kann und mit einer Zunahme der Depositen der Unternehmen³² im Einklang steht. Unmittelbar nach der Finanzkrise war zunächst eine Ablieferungsquote von 50 % festgelegt worden. Diese wurde Anfang 1999 auf 75 % angehoben.^{33,34} Eine Erhöhung auf 100 % war zwischenzeitlich erwogen worden. Diese Maßnahme hat, ceteris paribus, die Liquidität im Bankensystem erhöht. Allerdings haben die Ban-

ken relativ geringe Möglichkeiten, die überschüssige Liquidität zu investieren: Der Markt für Staatsanleihen ist seit der Finanzkrise faktisch zusammengebrochen und Unternehmenskredite stellen keine echte Anlagealternative dar. Kredite an den Unternehmenssektor, insbesondere Rubelkredite, haben nach der Finanzkrise deutlich abgenommen, während Fremdwährungskredite weniger stark fielen (Abbildung 5). Insgesamt haben sich die Unternehmenskredite zwischenzeitlich bei etwa der Hälfte ihres Vorkrisenvolumens stabilisiert.³⁵

²⁷ Offiziellen Angaben zufolge lag der Anteil notleidender Kredite Ende 1999 bei nur rund 10 % der Gesamtkredite (Central Bank of Russia. Bulletin of Banking Statistics, Nr.12/1999).

²⁸ Bis Ende 1999 lagen die Mindestreservesätze generell bei 8,5 %, Anfang Januar 2000 wurden sie auf 10 % angehoben (http://www.cbr.ru/eng/dp/res_intr_engl.htm)

²⁹ Vgl. Central Bank of Russia. Bulletin of Banking Statistics, Nr.12/1999 und Homepage der Zentralbank (<http://www.cbr.ru/eng/dp/statistics.html>, heruntergeladen am 18. März 2000).

³⁰ T.J.T. Balino, J. Dhawan, and V. Sundararajan: Payments System Reform and Monetary Policy in Emerging Market Economies in Central and Eastern Europe. International Monetary Fund. IMF Staff Papers, Nr. 41/1994, S. 383–410.

³¹ G.A. Calvo und M.S. Kumar: Money Demand, Bank Credit, and Economic Performance in Former Socialist Economies. International Monetary Fund, Working Paper, Nr. 94/1994.

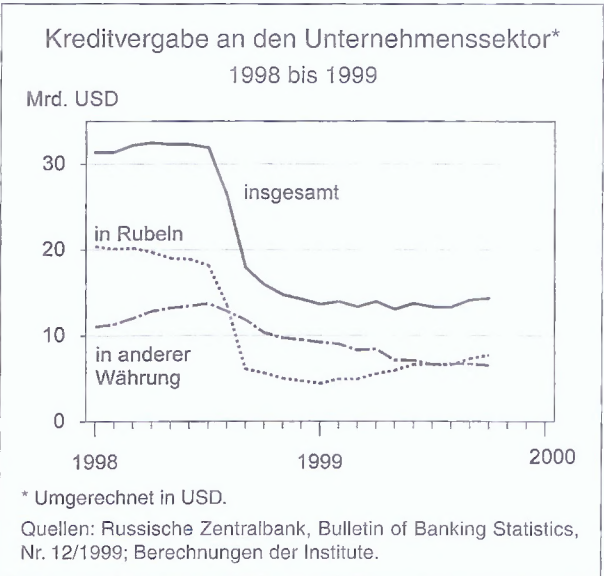
³² Goldman Sachs Economics. Daily News and Views — New European Markets, Middle East and South Africa. Moskau 2000.

³³ Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen gewährt worden ist.

³⁴ Zudem müssen Importeure seit Anfang 1999 den Gegenwert des Einfuhrwertes in Rubel auf einem Konto bei der Zentralbank hinterlegen.

³⁵ Offenbar ist es in jüngster Zeit zu einer Zunahme der Kredite an den Unternehmenssektor gekommen; vgl. Goldman Sachs Economics, a.a.O.

Abbildung 5



Vor diesem Hintergrund würde die einzige Alternative für die Banken darin bestehen, ihre Rubelbestände in Devisen einzutauschen. Dies würde allerdings der Intention der ursprünglichen Ablieferungspflicht zuwiderlaufen, so dass den Banken diese Anlagealternative faktisch versperrt sein dürfte.

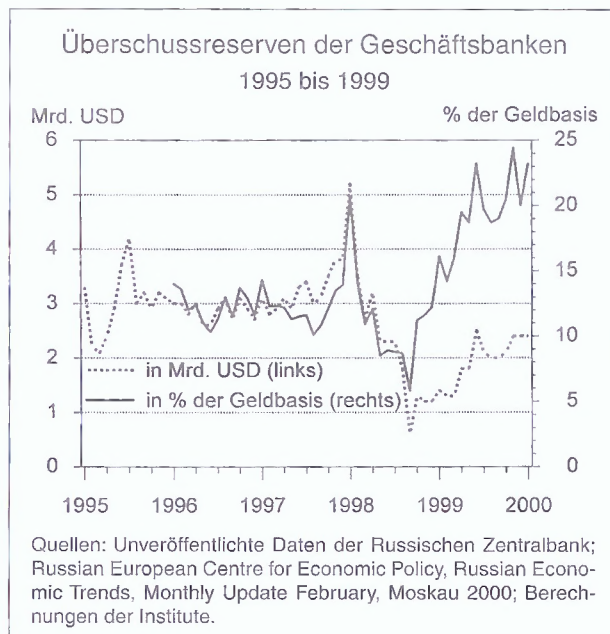
Ein weiterer Faktor hinter der Zunahme der Liquidität im Bankensystem ist die Tatsache, dass die russische Zentralbank ausgewählten insolventen Banken nach der Finanzkrise Liquiditätskredite zugewiesen hat. Unmittelbar nach der Krise hatte die Zentralbank damit begonnen, so genannte Stabilisierungskredite auszugeben, wobei über den Umfang und die Konditionen dieser Kredite relativ wenig gesicherte Informationen verfügbar sind. Eine deutliche Zunahme der Anteile von Forderungen gegenüber Banken an den Aktiva der Zentralbank kann als Indikator dienen: Im Vergleich zum Anteil von rund 3 % Ende 1997 stiegen die Forderungen an Banken bis Ende 1998 auf rund 8,6 % der Bilanzsumme und schließlich auf 17,2 % im Dezember 1999.³⁶

Eine weitere Erklärung für den Anstieg der Überschussliquidität der Banken ist schließlich der Zusammenbruch des Rubel-Interbankenmarktes infolge der Finanzkrise. Dies hat den Zahlungsverkehr faktisch zum Erliegen gebracht und den Bedarf an Transaktionskasse für die Banken erheblich erhöht. In diesem Sinne muss daher ein Teil des Liquiditätsanstiegs als ein Gleichgewichtsphänomen interpretiert werden.

Generell birgt eine Abnahme der Überschussliquidität infolge einer Verbesserung des Zahlungssystems oder eines Abbaus administrativer Beschränkungen Inflationsgefahren. Wie Abbildung 6 zeigt, waren die Überschussreserven relativ zur Geldbasis in den Jahren 1996 und 1997 recht stabil. Gemessen in US-Dollar erreichten die Überschussreserven Anfang 1998 einen Höchststand und nahmen dann bis August des Jahres stetig ab. Nach der Krise erholten sie sich geringfügig. Anders sieht die Entwicklung der Reserven im Vergleich zur Basisgeldmenge aus: Die Überschussreserven stiegen stark und erreichten Ende 1999 rund 25 % der Geldbasis. Würden diese Reserven abgebaut, dürfte dies einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Geldmenge und damit der Inflation haben. Der Druck auf den Devisenmarkt würde sich erhöhen. Entsprechend dürfte eine administrative Umverteilung der Liquiditätsreserven nicht zu nachhaltigem Wachstum führen, wenn die Investitionsentscheidungen auf politischem Kalkül beruhen.³⁷

Allerdings stehen der Zentralbank relativ geringe Mittel zur Verfügung, die überschüssige Liquidität aus dem Markt zu nehmen. Derzeit setzt die Zentralbank vorwiegend direkte, administrative Instrumente der geldpolitischen Steuerung ein, z. B. Änderungen der Mindestreservesätze. Zwar ist der offizielle Refinanzierungszinssatz seit der Krise verschiedentlich angepasst worden und hat

Abbildung 6



1999 wieder real positive Werte erreicht. Dieser Zinssatz dient jedoch vorwiegend als Referenzwert für die Geschäftsbanken, nicht aber für ihre Refinanzierung (Abbildung 7). Ebenso ist die Lombardfazilität der Zentralbank seit der Krise faktisch nicht genutzt worden und Offenermarktoperationen werden praktisch nicht durchgeführt. Zwar hat die Zentralbank durch die Einführung einer neuen Einlagenfazilität oder die Ausgabe eigener Anleihen versucht, neue Instrumente der Liquiditätssteuerung zu entwickeln. Diese Instrumente spielen jedoch volumemäßig praktisch keine Rolle.

Es dürfte somit noch einige Zeit vergehen, bis die russische Zentralbank zu einer marktgerechten geldpolitischen Steuerung zurückkehren kann. Nicht zuletzt muss hierzu das Verhältnis zwischen Regierung und Zentralbank eindeutig geregelt werden. Änderungen der Refinanzierungszinssätze sind in der Vergangenheit offenbar auf Anordnung der Regierung durchgeführt worden. Zudem hat die Zentralbank der Regierung in beträchtlichem Umfang Kredite zur Verfügung gestellt.³⁸ Diese Entwicklungen geben Anlass zu Besorgnis hinsichtlich des tatsächlichen Grades der Unabhängigkeit der Zentralbank.

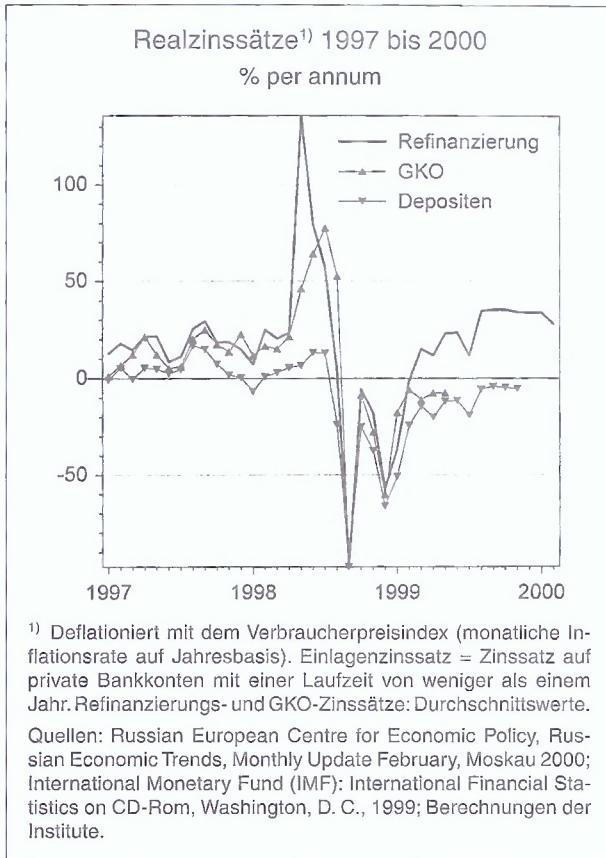
Zudem behindern die ungelösten Probleme im Bankensektor die Geldpolitik in erheblichem Maße. Ohne die

³⁶ http://www.cbr.ru/eng/dp/denvl_99_engl.htm, heruntergeladen am 22. März 2000.

³⁷ Vgl. Kommersant Daily vom 27. März 2000.

³⁸ Zwar verbietet das Zentralbankgesetz grundsätzlich eine Finanzierung des Staatshaushalts durch die Bank, Ausnahmen können jedoch per Budgetgesetz festgelegt werden.

Abbildung 7



Durchsetzung international akzeptierter Rechnungslegungskriterien ist die Zentralbank nicht in der Lage, insolvente von illiquiden Banken zu unterscheiden. Dies führt zu erheblichen Informationsproblemen hinsichtlich der Qualität von Banken, und die Zentralbank läuft aufgrund von Problemen der adversen Selektion Gefahr, de facto insolvente Banken zu refinanzieren. Diese Mechanismen behindern die Wirkungsweise des Zinsmechanismus bei der Refinanzierung der Banken.³⁹

Eine Lösung der Probleme im Bankensektor ist daher nicht nur erforderlich, um den Banken ihre Intermediationsfunktion zwischen Sparern und Investoren zu ermöglichen, sondern auch um der Zentralbank Spielraum für den Einsatz indirekter, marktgerechter Instrumente der geldpolitischen Steuerung zu verschaffen. Eine Entscheidung, den russischen Bankensektor verstärkt externem Wettbewerb auszusetzen, könnte ein wichtiges Signal in diese Richtung sein. Unmittelbar nach der Krise war zwar erkannt worden, dass der Marktzugang ausländischer Banken positive Effekte für den russischen Bankensektor haben könnte. Auch sind die Effizienzgewinne durch Wettbewerb von außen hinreichend gut dokumentiert.⁴⁰ Gleichwohl ist bislang wenig geschehen, um ausländischen Banken ein Signal zu geben, dass sie auf dem russischen Markt willkommen wären. Bis zuletzt war die ma-

ximale Höhe des ausländischen Kapitals auf 12 % beschränkt, was erheblich unterhalb der Werte liegt, die in erfolgreichen Transformationsländern beobachtet werden. Zwar soll diese Beschränkung unlängst aufgehoben worden sein,⁴¹ noch aber ist unklar, ob die Politik der Neuvergabe von Lizenzen in Zukunft ausreichend flexibel gehandhabt werden wird.

Wechselkurspolitik, Umschuldung und Investitionsanreize

Russlands Zahlungsbilanz hat sich im Jahre 1999 und in den ersten Monaten des Jahres 2000 durchaus positiv entwickelt. Die Leistungsbilanz wies einen deutlichen Überschuss auf, Umschuldungsabkommen sind vorangekommen, und die Chancen auf einen erneuten Zugang zum internationalen Kapitalmarkt haben sich infolgedessen erhöht. Die entscheidende Frage wird daher sein, wie sehr sich die verbesserten externen Rahmenbedingungen in erhöhten Inlandsinvestitionen — sowohl des öffentlichen als auch des privaten Sektors — niederschlagen. In diesem Zusammenhang spielen sowohl institutionelle Reformen als auch die Wechselkurspolitik eine entscheidende Rolle.

Hierzu seien zunächst die Investitionsanreize des privaten Sektors betrachtet. Für Produzenten handelbarer Güter werden die Investitionsanreize in entscheidendem Maße durch die Entwicklung des realen Wechselkurses und des Ölpreises bestimmt. Dies haben die jüngsten Entwicklungen deutlich gezeigt. Während Russlands Handelsbilanzüberschuss mit dem starken Rückgang der Ölpreise in den Jahren 1997 und 1998 von 20 auf 15 Mrd. US-Dollar abgenommen hatte, lag er im Jahre 1999 bei 33,2 Mrd. US-Dollar, das war mehr als das Doppelte (Abbildung 8). Die Erholung der Ölpreise, gekoppelt mit der starken — nicht nur nominalen, sondern auch realen — Abwertung, haben diese Entwicklung begünstigt (Abbildungen 9 und 10).

Nach ökonometrischen Schätzungen erhöht sich Russlands Handelsbilanzüberschuss, gemessen in US-Dollar, bei einer 1-prozentigen realen Abwertung um rund 3 %.⁴² Darüber hinaus führt eine 1-prozentige Erhöhung des Ölpreises im Schnitt zu einer Erhöhung des Handelsbilanz-

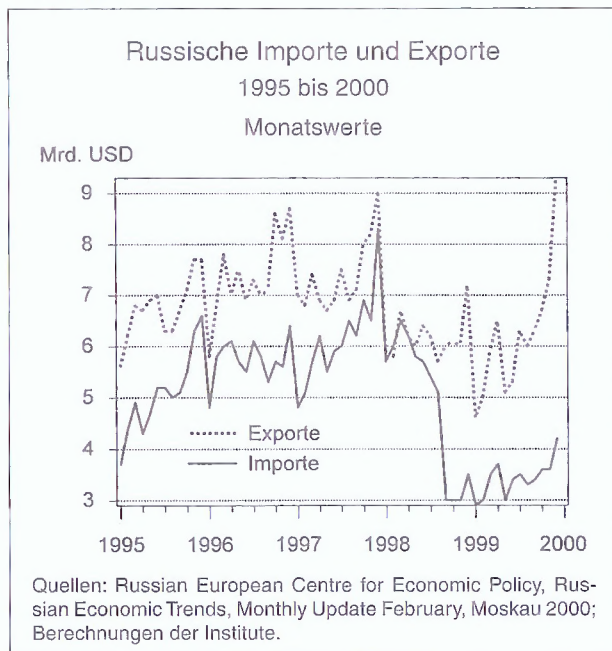
³⁹ Vgl. J. Matthew Saal und Lorena M. Zamalloa: Use of Central Bank Credit Auctions in Economies in Transition. International Monetary Fund, IMF Staff Papers, Nr. 42/1995, S. 202–224.

⁴⁰ Vgl. C.M. Buch: Is Foreign Control a Panacea? — On Governance and Restructuring of Commercial Banks in Transition Economies. In: A. Winkler (Hrsg.), Financial Development in Eastern Europe: The First Ten Years, Macmillan (im Druck).

⁴¹ Vgl. Wall Street Journal Europe vom 5. April 2000.

⁴² C.M. Buch, R.P. Heinrich, L. Lusinyan und M. Schrooten: Russia's Debt Crisis and the Unofficial Economy, mimeo, 2000.

Abbildung 8



saldos um 2 %. Simulationen des Anpassungspfades zeigen einen J-förmigen Verlauf des Saldos, d. h. eine positive Reaktion setzt relativ schnell — nach 2 bis 3 Monaten — ein, und die volle Anpassung wird etwa ein Jahr nach der Abwertung erreicht. Interessanterweise ist die positive Entwicklung der Handelsbilanz im Gefolge einer Abwertung fast ausschließlich auf die negative Reaktion der Importe zurückzuführen; eine Mengenreaktion bei den Exporten ist statistisch nicht zu belegen. Mangels traditioneller Exporte, mit Ausnahme von Öl- und Gasprodukten, sind die russischen Produzenten bislang nicht in der Lage gewesen, eine Abwertung in erhöhte Exporte umzusetzen.

Um die Investitionsanreize im Bereich handelbarer Güter zu erhöhen, ist es daher erforderlich, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit heimischer Produzenten durch eine angemessene Wechselkurspolitik aufrechtzuerhalten. Dies bedeutet in erster Linie eine Koordination von Geld- und Fiskalpolitik sowie von institutionellen Reformen mit der Wechselkurspolitik. Wird eine solche Koordination nicht erreicht, wie dies vor der Währungskrise des Jahres 1998 der Fall war, verschlechtert sich die Wettbewerbsfähigkeit und erhöht sich die Gefahr einer erneuten Zahlungsbilanzkrise.

Die Wechselkurspolitik steht hierbei vor dem Problem, dass ein relativ starker Zufluss an Devisen, der zusätzlich durch die Devisenablieferungspflicht gefördert wird, tendenziell zu einer Aufwertung des Rubels führt. Diese reale Aufwertung erfolgt entweder über den nominalen Wechselkurs (falls die Zentralbank nicht interveniert) oder über die inländische Inflationsrate (bei Interventionen auf dem Devisenmarkt).⁴³ Denn Devisenmarktinterventionen erhöhen neben den Währungsreserven auch die umlau-

fende Geldmenge und damit letztlich die Inflation, jedenfalls soweit die zusätzliche Liquidität nicht ausschließlich in die Überschussreserven fließt. Grundsätzlich besteht zwar auch die Möglichkeit, Interventionen zu sterilisieren. Der Zentralbank fehlen jedoch hierzu noch die Instrumente; im Übrigen zeigen Erfahrungen der Vergangenheit die begrenzte Wirksamkeit von Sterilisierungsmaßnahmen.⁴⁴

Im Ergebnis sind daher die durch die Abwertung des Jahres 1998 erzielten Gewinne an preislicher Wettbewerbsfähigkeit zu einem — allerdings geringen — Teil bereits wieder verloren gegangen (Abbildung 9). Selbst wenn für die Produzenten handelbarer Güter zum derzeitigen Wechselkurs Chancen bestehen, ihre Produkte im In- und Ausland abzusetzen, ist Zeit erforderlich, diese Chancen zu nutzen und Absatzkanäle aufzubauen. Wenn jedoch die Produzenten eine reale Aufwertung erwarten, dürften diese Chancen ungenutzt verstreichen.

⁴³ Derzeit verfolgt die Zentralbank eine Strategie des „dirty floating“. Ein Wechselkursziel wurde zwar nicht bekannt gegeben, allerdings ist es in der Vergangenheit zu Interventionen auf dem Devisenmarkt gekommen.

⁴⁴ G.A. Calvo: The Perils of Sterilization. International Monetary Fund, IMF Working Paper, WP/90/13/. Washington, D.C., 1990; N. Roubini: Offset and Sterilization under Fixed Exchange Rates with an Optimizing Central Bank. National Bureau of Economic Research. NBER Working Paper, Nr. 2777/1988. Cambridge, MA.; S. Schadler, M. Carkovic, A. Bennett und R. Khan: Recent Experiences with Surges in Capital Inflows. International Monetary Fund. IMF Occasional Paper, Nr. 108/1993. Washington, D.C.

Abbildung 9

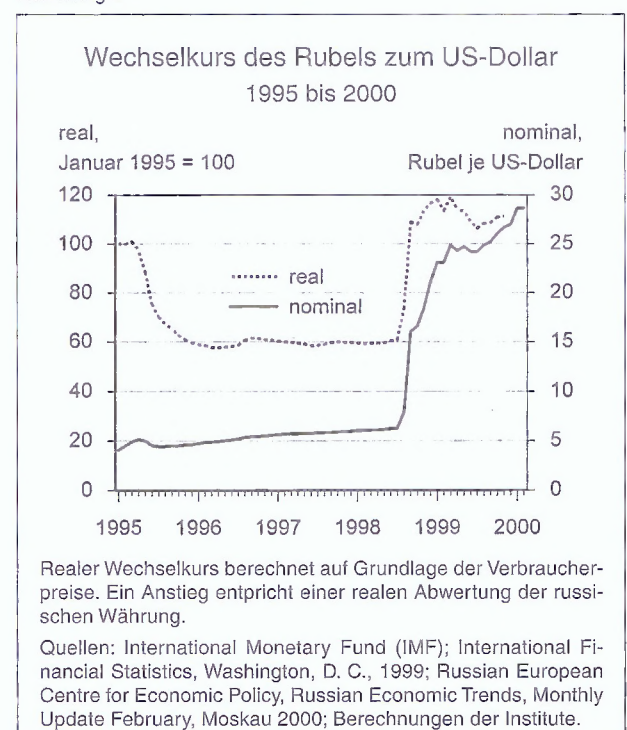
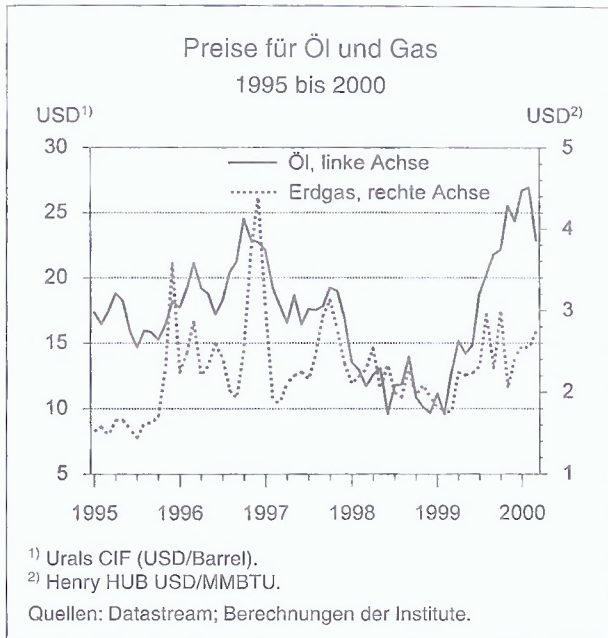


Abbildung 10



Bezüglich der Investitionsanreize des staatlichen Sektors spielt die jüngste Entscheidung des Londoner Clubs, einen Teil der Altschulden Russlands zu erlassen, eine wichtige Rolle.⁴⁵ Obwohl die Verbesserung der externen Rahmenbedingungen einen Schuldenerlass zunächst weniger dringlich hat erscheinen lassen, sieht das im Februar erzielte Abkommen mit dem Londoner Club einen Erlass von 36,5% der aus sowjetischer Zeit stammenden Altschulden und die Umstrukturierung des restlichen Betrages in Eurobonds vor. Der erste dieser Eurobonds hat eine Laufzeit von 30 Jahren bei einer 7-jährigen zins- und tilgungsfreien Zeit, der zweite Eurobond deckt überfällige Zinszahlungen ab und hat eine Laufzeit von 10 Jahren.⁴⁶ Im Fall beider Eurobonds tritt die russische Regierung als Schuldner auf, und es bestehen Cross-default-Klauseln in Bezug auf andere Eurobonds aus russischer Zeit. Der Umtausch soll im zweiten Quartal 2000 erfolgen; vertragliche Einzelheiten sollen bis Ende Mai geklärt werden.

Schon im August 1999 war ein vorläufiges Umschuldungsabkommen mit dem Pariser Club erreicht worden, demzufolge 8 Mrd. US-Dollar an Zahlungen, die 1999 und 2000 fällig gewesen wären, über die kommenden 15 bis 20 Jahre gestreckt werden. Im laufenden Jahr hat Russland Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Pariser Club von 600 Mill. US-Dollar.⁴⁷ Russland erwartet weitere Verhandlungen mit dem Pariser Club für die zweite Jahreshälfte 2000, in denen ähnliche Umschuldungsergebnisse wie mit dem Londoner Club erzielt werden sollen.

Generell kann ein Schuldenerlass sowohl für Kreditnehmer als auch für Kreditgeber vorteilhaft sein, wenn die resultierende Verbesserung der Liquidität für Investitionen

in die inländische Wirtschaft genutzt wird. Da die russische Regierung der Hauptschuldner gegenüber dem Ausland ist, spielen deren Anreize, in die (institutionelle) Infrastruktur zu investieren, eine Schlüsselrolle.⁴⁸ Eine Verbesserung gerade der Institutionen ist wichtig, um die Effizienz des Steuersystems zu verbessern und die Regierung mit ausreichenden Mitteln für den Schuldendienst zu versorgen. Derzeit versucht die Regierung, durch die Devisenablieferungspflicht und erhöhte Exportzölle von den verbesserten externen Bedingungen zu profitieren. Weitere Verbesserungen der Infrastruktur sind indes nötig, um einen Erfolg des Schuldenerlasses auf Dauer herbeizuführen.

Das Dilemma der Zentralbank besteht somit darin, dass sie nicht nur beschränkte Mittel hat, eine reale Aufwertung zu vermeiden, sondern dass ihr auch die Möglichkeiten fehlen, den gleichgewichtigen realen Wechselkurs zu beeinflussen, der eine nachhaltige Zahlungsbilanzposition ermöglicht. Im Kern sind nämlich wirtschaftspolitische Maßnahmen, die zu einem höheren realen Gleichgewichtskurs führen, nicht unter der Kontrolle der Zentralbank. Verbessern sich die institutionellen Rahmenbedingungen nicht hinreichend, wird die Regierung auf Transfers von der Zentralbank angewiesen bleiben, um ihren Schuldendienst zu leisten. Die Zentralbank hat dann keinen Spielraum, die Devisenablieferungsquoten zu senken und damit die Geldmengenerweiterung zu begrenzen oder, mit der gleichen Wirkung, noch bestehende Kapitalverkehrskontrollen zu lockern. Zudem würde eine erneute reale Aufwertung dann zu einer Überbewertung des Rubels führen, wenn sich die Effizienz des Unternehmenssektors nicht ausreichend stark erhöht.

Institutionelle Reformen widersprüchlich

Bei seinen Plädoyers für einen „starken Staat“ betont Putin einerseits, dass der Staat bei der Schaffung und Durchsetzung der Spielregeln einer Marktwirtschaft Stärke zeigen soll. Andererseits fordert er aber auch, dass der Staat auf vielfache Weise direkt in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen soll. Damit ist die Konsistenz der Vorstel-

⁴⁵ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Russlands — Schuldenstreichung statt Reformen? Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (DIW et al.). In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/1999, S. 359. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 340/1999, Forschungsreihe des IWH 3/99 1999; vgl. auch C.M. Buch et al., a.a.O.

⁴⁶ Bank of Finland (BOFIT). Russian and Baltic Economies — The Week in Review. Institute for Economics in Transition. <http://www.bof.fi/env/eng/it/iten.stm>. Helsinki, Nr. 7/2000; Goldman Sachs, a.a.O.

⁴⁷ RFE/RL, Newsline, 2. August 1999.

⁴⁸ C.M. Buch et al., a.a.O.

lungen über die künftige ordnungspolitische Entwicklung in Frage gestellt.

Putin betont im Einzelnen, dass eine wichtige Funktion des Staates darin besteht, die Einhaltung wirtschaftlicher Spielregeln zu gewährleisten, gleiche Rechte für alle zu schaffen und die bislang unzureichende Rechtsdurchsetzung zu verbessern. Durch Präzedenzfälle⁴⁹ in jüngerer Zeit wurde der Wille zur Umsetzung geltenden Rechts signalisiert. Somit gibt es durchaus Anzeichen, dass der Rechtsschutzstaat⁵⁰ gestärkt werden soll. Dem entgegen stehen jedoch Ankündigungen des Präsidenten, die Einflussnahme des Staates auf wichtige Sektoren der Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder sogar zu stärken. So soll im als prioritär geltenden militärisch-industriellen Komplex u. a. das Instrument der „Staatsaufträge“ ausgebaut werden.⁵¹ Darüber hinaus wird die Zerschlagung von Monopolen und großen Unternehmen z. B. im Maschinenbau ausdrücklich abgelehnt. Ferner wurde die Absicht geäußert, Kredite auf administrativem Weg zu vergeben.⁵² Angesichts der beabsichtigten staatlichen Interventionen bzw. selektiven Förderungen einzelner Wirtschaftszweige ist es mehr als fraglich, ob sich der Staat künftig tatsächlich auf seine Funktion als Rechtsschutzstaat beschränken will.

Ein wichtiges Signal dafür, dass der politische Wille besteht, die marktwirtschaftlichen Reformen fortzusetzen und das institutionelle Umfeld zu verbessern, wäre die Klärung des Rechts auf Privateigentum an Boden. Die Verabschiedung des Bodengesetzes war lange Zeit umstritten und wird nun von Putin unterstützt. Abzuwarten bleibt jedoch, in welchem Umfang tatsächlich Privateigentum zugelassen werden wird. Derzeit ist privates Bodeneigentum grundsätzlich zwar möglich. Es bestehen aber noch erhebliche Unsicherheiten beim Bodenkauf und -verkauf. Dies gilt auch für Investoren, die in Regionen bzw. Städten mit eigenen bodenrechtlichen Regelungen Grundstücke erworben haben. Bodenverkäufe wurden u. a. in St. Petersburg, Samara und Saratov getätigt. Hier wird erst ein föderales Gesetz, in dem das Privateigentum eindeutig festgeschrieben ist, die bestehenden Unsi-

cherheiten für Investoren reduzieren können. Das Bodenrecht ist nur ein Beispiel für die nach wie vor bestehenden Unterschiede und Widersprüche zwischen den rechtlichen Regelungen der Föderation und der Föderationssubjekte.

In der Vergangenheit hat Russland auf ordnungspolitischem Gebiet geringere Fortschritte als andere Transformationsländer erzielt. Zwar sind mittlerweile wichtige Wirtschaftsgesetze verabschiedet worden. Teilweise wurden institutionelle Reformen aber nur vorgenommen, wenn dies unumgänglich war, z. B. die Verabschiedung des Konkursgesetzes für Kreditorganisationen infolge der Finanzkrise.⁵³ Institutionelle Verbesserungen blieben in der Praxis aufgrund der unzureichenden Rechtsdurchsetzung meist wirkungslos. Bei nicht funktionsfähigen Institutionen kann die Privatisierung, wie die Erfahrungen auch aus anderen Transformationsländern gezeigt haben, nicht die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen. So wird trotz der beeindruckenden Anzahl von mehr als 133 000 privatisierten Unternehmen⁵⁴ in den Jahren 1992 bis Ende 1999 die Privatisierung mittlerweile auch sehr kritisch gesehen.⁵⁵ Die Privatisierung hat wohl nur einen

⁴⁹ Beispielsweise wurde die gerichtliche Entscheidung, die Privatisierung der Lomonossow Porzellanfabrik in St. Petersburg rückgängig zu machen, in nächster Instanz vom Föderalen Arbitragegericht für ungesetzlich erklärt und damit zugunsten des ausländischen Aktionärs entschieden (vgl. Russian Economic Trends vom 10. März 2000, S. 13).

⁵⁰ Um den Begriff von Buchanan zu verwenden.

⁵¹ Vgl. Moscow Tribune vom 28. März 2000.

⁵² So Putins Wirtschaftsberater Gref lt. Kommersant Daily vom 27. März 2000.

⁵³ Vgl. zum Konkursgesetz für Kreditorganisationen: Die wirtschaftliche Lage Russlands — Schuldenstreichung statt Reformen? DIW et al., a.a.O.

⁵⁴ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' 2000 goda, S. 109.

⁵⁵ Sie sei ein *dismal failure*, meint z. B. Dani Rodrik: Institutions for High-Quality Growth: What They Are and How to Acquire Them, Public Policy Paper, Nr. 2370, Centre for Economic Policy Research (CEPR), S. 2.

Tabelle 7

Einnahmen aus der Privatisierung 1993 bis 1999

Mrd. Rubel

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Insgesamt	0,36	0,98	3,57	2,81	24,7	17,5	12,1
Föderation	0,07	0,12	1,14	0,90	18,0	15,0	8,5
Föderationsobjekte	0,10	0,18	0,52	0,42	3,3	0,9	1,9
Kommunen	0,13	0,40	0,96	0,91	0,7	1,0	0,9
Sonstige	0,06	0,29	0,95	0,58	2,7	0,6	0,8
Quellen: Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' 2000 g.; Goskomstat Rossij: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' 1999; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1998, Moskau 1999.							

geringen Beitrag zur Veränderung der Eigentumsordnung — im Sinne der Schaffung harter Budgetbeschränkungen — zur Trennung von Staat und Wirtschaft sowie zur Umstrukturierung von Unternehmen geleistet. In den meisten Jahren konnten auch die erwarteten Einnahmen aus der Privatisierung nicht realisiert werden. 1999 wurden mit 8,5 Mrd. Rubel nur etwa 55 % der geplanten föderalen Einnahmen erzielt (Tabelle 7). Für das Jahr 2000 werden Einnahmen in Höhe von 18 Mrd. Rubel veranschlagt. Hierzu sollen nach Angaben des Privatisierungsministeriums Anteile u. a. an wichtigen Energieunternehmen veräußert werden. Es ist jedoch fraglich, ob Verkäufe in größerem Umfang und zu Marktpreisen tatsächlich zustande kommen werden. So wurden in diesem Frühjahr 0,91 % der Anteile an der Ölgesellschaft Lukoil zu einem deutlich unter dem Börsenkurs liegenden Preis verkauft.⁵⁶ Offen ist ferner, ob sich Interessenten für Anteile an Ölunternehmen wie Slavneft' und Rosneft', deren Verkauf bereits im Vorjahr vorgesehen war, finden werden.

Die rechtlichen Bedingungen für Investitionen wurden partiell sogar verschlechtert. Ausländische Investoren benötigen bei einer Beteiligung von mehr als 20 % am Satzungskapital eines russischen Unternehmens grundsätzlich eine Genehmigung durch die Antimonopolkommission. Die Gründe für die Verweigerung einer Genehmigung sind im Januar 2000 erweitert worden.⁵⁷ Gleichzeitig wurde das im Frühjahr 1999 erlassene Investitionsgesetz dem Gesetz „Über ausländische Investitionen“ vom Juli 1999 in einem wichtigen Punkt angeglichen.⁵⁸ Von nachteiligen Rechtsänderungen sind für einen bestimmten Zeitraum nur noch „vorrangige Investitionsprojekte“ ausgenommen. Damit genießen lediglich Großinvestoren einen Schutz vor den häufig vorgenommenen Rechtsänderungen. Grundsätzlich ist jedoch eine selektive Förderung von Projekten einer bestimmten Größe oder von Investitionen in vorrangigen Wirtschaftszweigen abzulehnen. Vielmehr sollten gleiche Bedingungen für Investitionen geschaffen werden.

Für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ist das wirtschaftliche Umfeld besonders ungünstig. Nach offiziellen Angaben ist zwar die Anzahl der KMU in den letzten Jahren gestiegen und erreichte Anfang des Jahres 2000 rund 900 000.⁵⁹ Allerdings wird im neuen Programm zur Förderung der KMU davon ausgegangen, dass infolge der Finanzkrise 1998 mehr als ein Viertel der Unternehmen die Tätigkeit praktisch eingestellt hat.⁶⁰ Das Programm nennt als wichtigste Probleme der KMU

das unzureichende Steuersystem, die Mängel in der finanziellen Unterstützung und den schwierigen Zugang der KMU zu Produktionsmitteln. Die Unterstützung der KMU soll u. a. eine Reduzierung der bürokratischen Hemmnisse sowie eine vermehrte und effizientere Bereitstellung von Fördermitteln umfassen. Die finanziellen Mittel, die für die KMU aus diversen staatlichen Quellen bereitgestellt werden, sollen zunehmen.⁶¹ Darüber hinaus wird auf internationale Zusammenarbeit gesetzt. Allein von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung wurden in letzter Zeit Kredite im Umfang von etwa 750 Mill. Rubel an KMU vergeben, monatlich über 100 Mill. Rubel. Nach Erschöpfung der Mittel wurde ein weiteres Programm in derselben Größenordnung aufgelegt.⁶² Entscheidend ist jedoch, dass auch eine spezielle Förderung der KMU nur unter verbesserten institutionellen Rahmenbedingungen fruchtbar werden kann.

⁵⁶ vwd-Russland vom 21. März 2000, S. 1.

⁵⁷ Eine Genehmigung kann verweigert werden, wenn der Käufer oder das Unternehmen, an dem die Beteiligung erworben wird, es versäumen, in einer bestimmten Frist Angaben über die Herkunft, über die Art und Weise des Erwerbs und über den Umfang der Gelder zu machen, die für den Kauf benötigt werden. Erteilt die Antimonopolkommission eine Genehmigung, muss der Beteiligungserwerb innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein. Vgl. Federal'nyj zakon „O vnesenii izmenenija i dopolnenija v stat'ju 18 Zakona RSFSR „O konkurencii i ogranichenii monopolističeskoj dejatel'nosti na tovarnyh rynkach“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 2/2000, S. 555 f.

⁵⁸ Vgl. zum Investitionsgesetz und zum Gesetz über ausländische Investitionen: Die wirtschaftliche Lage Russlands. Wachstumsperspektive fehlt weiterhin — Schuldenerlass keine Lösung. DIW et al. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 49/99, S. 909. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 355/1999, IWH Forschungsreihe 9/1999. Vgl. zu den Änderungen Federal'nyj zakon Rossijskoj Federacii „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v Federal'nyj zakon „Ob investicionnoj dejatel'nosti v Rossijskoj Federacii, osuščestvlaemoj v forme kapitalnyh vloženij“, in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 2/2000, S. 593–595.

⁵⁹ Vgl. Ekonomika i žizn, Nr. 10/2000, S. 2 f.

⁶⁰ Vgl. Postanovlenie Pravitel'stva Rossijskoj Federacii „O Federal'noj programme gosudarstvennoj podderžki malogo predprinimatel'stva v Rossijskoj Federacii na 2000–2001“. In: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 8/2000, S. 1975–2005.

⁶¹ Sie sollen sich im Jahre 2000 auf 120 Mill. Rubel belaufen. Im Jahre 2001 sind 210 Mill. Rubel für die Förderung vorgesehen, darunter 90 Mill. Rubel vorbehaltlich der Verabschiedung des Föderationshaushalts. Fraglich ist, ob diese Summe tatsächlich im Föderationshaushalt eingestellt werden wird. In der Vergangenheit waren die Fördermittel eher gering.

⁶² Vgl. z. B. Moscow Times vom 16. Februar 2000.

Zusammenfassung

Russlands wirtschaftlicher Start in das neue Jahrtausend scheint gelungen zu sein: Bruttoinlandsprodukt und Investitionen zeigen einen deutlichen Aufwärtstrend, die Einnahmen des Staates nehmen zu, die Inflation ist moderat, die Währung erscheint hinreichend stabil, und die Zahlungsbilanzsituation hat sich deutlich verbessert. Die starke reale Abwertung des Rubels nach der Währungskrise des Jahres 1998 sowie die Erholung der Ölpreise stehen sicherlich hinter diesen Entwicklungen. Eine wenig beachtete, aber wichtige Rolle spielte aber auch die deutliche Verbesserung der Finanzlage des Unternehmensbereichs aufgrund einer drastischen Absenkung des Reallohnlevels. Zudem ist im wichtigen Bereich institutioneller Rahmenbedingungen, deren Unzulänglichkeit immer wieder beklagt wurde, ein vorsichtiger Umschwung zu verzeichnen. Präsident Putin hat einen „starken Staat“ und die Einhaltung des bestehenden Rechts zu einem Primat seiner Politik gemacht. Es gibt Hinweise darauf, dass eine gewisse Furcht vor staatlichen Sanktionen bei einigen Akteuren bereits zu Verhaltensanpassungen in Form einer prophylaktischen Einhaltung geltender Regeln geführt hat.

In diesem Sinne trägt die jüngste wirtschaftliche Erholung schon die Handschrift der neuen politischen Führung. Die Unsicherheit über den zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurs Russlands ist daher weniger groß, als häufig vermutet wird. Unsicherheit besteht aber in der Frage, wie die neue Rolle des starken Staates konkret ausgestaltet werden wird. Eine Stärkung des Staates kann nämlich einerseits bedeuten, dass bestehende

rechtliche Regelungen konsequent angewandt werden und der institutionelle Rahmen insgesamt verbessert wird. Eine solche Entwicklung wäre aus ordnungspolitischer Sicht zu begrüßen. Andererseits kann die verstärkte Einflussnahme des Staates auf die Wirtschaft aber auch dahingehend interpretiert werden, dass direkt in einzelwirtschaftliche Entscheidungsprozesse eingegriffen wird. Dies wäre mit der Schaffung eines besseren marktwirtschaftlichen Umfelds nicht kompatibel. Bereits erfolgte Eingriffe sowie Pläne, die Investitionstätigkeit stärker zu regulieren, weisen gleichwohl in diese Richtung.

Grundsätzlich stehen die Chancen, dass Russland seine positive wirtschaftliche Entwicklung fortsetzt, derzeit nicht schlecht. Erstmals seit Jahren hat eine Regierung politisch die Chance, ihre Konzepte umzusetzen; die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind günstig. Für das laufende Jahr ist zu erwarten, dass diese positiven Impulse tragen, so dass ein Wachstum von 5 % nicht überraschend wäre. Die Inflation dürfte sich in einer Größenordnung von 15 % bewegen.

Über kurz oder lang werden sich jedoch die Widersprüche des wirtschaftspolitischen Konzepts abträglich auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Die entscheidende Frage wird dann lauten, ob der weiteren Schaffung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen der Vorzug gegeben wird oder ob nur versucht wird, den nach wie vor starken interventionistischen Reflexen mit größerer Härte zum Erfolg zu verhelfen. Noch sind die äußeren Bedingungen so, dass der Schaden aus der gleichzeitigen Verfolgung dieser inkompatiblen Wege nicht sichtbar wird. Diese Bedingungen können sich jedoch rasch ändern.

Leichte Entspannung auf den Ölmärkten durch Produktionssteigerungen der OPEC

Im Jahr 1999 wurde weltweit mehr Öl verbraucht als produziert; die Ölnachfrage stieg stärker als erwartet, und die OPEC sowie Mexiko, Norwegen und Russland schränkten ihre Produktion ein. Die dadurch bewirkte Schrumpfung der Lagerbestände hat den Preis je Barrel Brent-Rohöl von nur 10 Dollar Anfang 1999 auf über 30 Dollar ein Jahr später katapultiert. Damit sind die Rohölpreise weit über das von der OPEC zunächst angestrebte Ziel von 18 bis 22 Dollar je Barrel hinaus gestiegen. Auf ihrer Konferenz vom 27. bis 29. März 2000 in Wien hat die OPEC beschlossen, die Förderquoten von neun Ländern (ohne Iran und Irak) um 1,45 Mill. Barrel pro Tag (mbd) anzuheben. Damit werden die Fördereinschränkungen von Anfang 1999 wieder rückgängig gemacht. Gleichzeitig haben aber die beteiligten Länder ihre Preisziele erhöht. Die Rohölpreise sollen in einem Korridor zwischen 22 und 28 Dollar je Barrel stabilisiert werden. Sollten die Rohölpreise unter diesen Zielkorridor fallen, will die OPEC offenbar ihre Produktion erneut drosseln. Um Verbrauch und Produktion auszugleichen und einen weiteren Abbau der ohnehin geringen Lagerbestände zu vermeiden, wird die OPEC im Laufe des Jahres ihre Produktion voraussichtlich nochmals erhöhen müssen. Die Rohölpreise dürften sich zunächst in dem von der OPEC angestrebten Preiskorridor bewegen.

Entwicklung des Ölverbrauchs im Jahr 1999 ...

Im Jahr 1999 ist der Weltölverbrauch um 1,1 mbd oder um 1,5 % gestiegen; die Zuwachsrate hat sich damit gegenüber dem Vorjahr etwa verdoppelt. Dazu beigetragen hat insbesondere die starke Wirtschaftsdynamik in den USA. Dämpfend hat sich dagegen ausgewirkt, dass das Wirtschaftswachstum in Südostasien nicht mehr das frühere Tempo erreicht hat und die Wachstumsschwäche in Westeuropa sowie die Transformationskrise in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion angehalten haben.¹

Auf die USA entfiel im Jahr 1999 mit 0,6 mbd etwa die Hälfte des Nettoanstiegs des Weltölverbrauchs. Zu der kräftigen Erhöhung des amerikanischen Ölverbrauchs (um 3,2 %) trug vor allem das starke Wachstum in der Petrochemie, der Landwirtschaft und dem Transportsektor bei. In den übrigen OECD-Ländern stagnierte der Ölverbrauch, in Westeuropa ging er sogar leicht zurück. Während sich die wirtschaftlichen und finanziellen Turbulenzen in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion in weiteren Verbrauchsrückgängen (–0,2 mbd oder –5,3 %) niederschlugen, hat der Ölverbrauch in Osteuropa, der im Vorjahr noch stagniert hatte, aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs deutlich zugelegt (0,1 mbd oder 6,7 %). Auch in China und in den übrigen asiatischen Ländern expandierte der Ölverbrauch (jeweils 0,2 mbd oder um 4,9 bzw. 2,3 %), nachdem er im Vorjahr aufgrund der Finanzkrise noch abgenommen hatte.

... und Aussichten für 2000 und 2001

Die Energy Information Administration (EIA), Washington, prognostiziert für das laufende Jahr einen Anstieg des weltweiten Ölverbrauchs um 1,2 mbd oder 1,6 %. Im Jahr 2001 dürfte sich das Wirtschaftswachstum in den meisten Regionen außerhalb der USA beschleunigen, vor

allem in Europa. Der Weltölverbrauch könnte dann noch etwas stärker zunehmen.

Im Einzelnen werden folgende Entwicklungen erwartet: In den USA dürfte der Mineralölverbrauch im Jahr 2000 aufgrund des verlangsamten Wirtschaftswachstums mit 0,1 mbd nur noch schwach expandieren. Im Jahr 2001 könnte — vorausgesetzt die Rohölpreise bröckeln weiter ab — die Nachfrage nach Mineralölprodukten wieder stärker anziehen. In Westeuropa dürfte der Ölverbrauch in den Jahren 2000 und 2001 aufgrund eines beschleunigten Wirtschaftswachstums wieder leicht (jeweils um 0,2 mbd oder 1,4 %) zunehmen. In den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion könnte der Ölverbrauch im Jahr 2000 um 0,1 mbd oder um 2,8 % steigen. Für das folgende Jahr wird allerdings aufgrund von Strukturveränderungen zu Lasten energieintensiver Produktionen und von Energieeinsparungen, die auch durch steigende inländische Energiepreise stimuliert werden, wieder mit einer Stagnation des Ölverbrauchs gerechnet. In Japan dürfte der Mineralölverbrauch im Jahr 2000 noch stagnieren. Dazu wird auch die vorgesehene Reduktion des Ölsatzes zur Stromerzeugung beitragen. Im Jahr 2001 könnte der Ölverbrauch mit dem Wirtschaftswachstum anziehen. In den asiatischen Nicht-OECD-Ländern, also ohne Japan und Südkorea, ist im Jahr 2000 mit einem verhaltenen Anstieg des Ölverbrauchs — um 2,2 bis 2,3 % — zu rechnen. Im Folgejahr könnte vor allem China mit einer Verbrauchssteigerung um 6,8 % wieder an die Dynamik in der Mitte der neunziger Jahre anknüpfen; in den übrigen asiatischen Ländern dürfte sich die Wachstumsrate des Ölverbrauchs auf etwa 4,4 % verdoppeln. Damit würde der

¹ Die hohen Wachstumsraten des Weltölverbrauchs von jeweils über 2 % pro Jahr im Zeitraum von 1995 bis 1997 konnten daher in 1999 nicht ganz erreicht werden.

Tabelle 1

Entwicklung des Ölverbrauchs von 1990 bis 1999 und Prognose bis 2001

	Ist-Daten						Prognose nach EIA ¹⁾	
	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Jahreswerte in Mill. Barrel pro Tag								
OECD ²⁾	37,5	40,6	41,4	41,8	42,3	42,8	43,2	43,9
darunter:								
USA	17,0	17,7	18,3	18,6	18,9	19,5	19,6	20,0
Europa ³⁾	12,6	14,1	14,3	14,4	14,7	14,6	14,8	15,0
Japan	5,1	5,7	5,9	5,7	5,5	5,5	5,5	5,6
Sonstige Länder	28,5	29,3	30,0	31,3	31,3	31,9	32,7	33,9
darunter:								
Frühere Sowjetunion	8,4	4,6	4,0	3,9	3,8	3,6	3,7	3,7
Europa	1,9	1,3	1,4	1,5	1,5	1,6	1,6	1,7
China	2,3	3,4	3,6	3,9	4,1	4,3	4,4	4,7
Sonstiges Asien	5,3	7,9	8,5	9,0	8,7	8,9	9,1	9,5
Welt insgesamt ⁴⁾	66,0	69,9	71,4	73,1	73,6	74,7	75,9	77,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Mill. Barrel pro Tag								
OECD ²⁾	-0,1	0,7	0,8	0,4	0,5	0,5	0,4	0,7
darunter:								
USA	-0,4	0,0	0,6	0,3	0,3	0,6	0,1	0,4
Europa ³⁾	0,1	0,5	0,2	0,1	0,3	-0,1	0,2	0,2
Japan	0,1	0,0	0,2	-0,2	-0,2	0,0	0,0	0,1
Sonstige Länder	0,2	0,7	0,7	1,3	0,0	0,6	0,8	1,2
darunter:								
Frühere Sowjetunion	-0,3	-0,2	-0,6	-0,1	-0,1	-0,2	0,1	0,0
Europa	-0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
China	-0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,1	0,3
Sonstiges Asien	0,4	0,6	0,6	0,5	-0,3	0,2	0,2	0,4
Welt insgesamt	0,0	1,6	1,5	1,7	0,5	1,1	1,2	1,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
OECD ²⁾	-0,3	1,8	2,0	1,0	1,2	1,2	0,9	1,6
darunter:								
USA	-2,3	0,0	3,4	1,6	1,6	3,2	0,5	2,0
Europa ³⁾	0,8	3,7	1,4	0,7	2,1	-0,7	1,4	1,4
Japan	2,0	0,0	3,5	-3,4	-3,5	0,0	0,0	1,8
Sonstige Länder	0,7	2,5	2,4	4,3	0,0	1,9	2,5	3,7
darunter:								
Frühere Sowjetunion	-3,4	-4,2	-13,0	-2,5	-2,6	-5,3	2,8	0,0
Europa	-9,5	0,0	7,7	7,1	0,0	6,7	0,0	6,2
China	-4,2	6,3	5,9	8,3	5,1	4,9	2,3	6,8
Sonstiges Asien	8,2	8,2	7,6	5,9	-3,3	2,3	2,2	4,4
Welt insgesamt	0,0	2,3	2,1	2,4	0,7	1,5	1,6	2,5
¹⁾ Energy Information Administration, Washington. — ²⁾ Ohne Süd-Korea, Polen, Tschechische Republik und Ungarn. — ³⁾ EU-Länder sowie Schweiz, Norwegen und die Türkei. — ⁴⁾ Einschließlich Kondensat, NGL, unkonventionelles Öl und volumetrische Nettogewinne beim Raffinierungsprozess und flüssige Energieträger auf Basis von Alkohol oder Kohle. Quellen: Energy Information Administration: Short-Term Energy Outlook, Washington, March 2000. Berechnungen des DIW.								

Ölverbrauch in Asien wieder stärker steigen als in allen anderen Regionen der Welt.

Vom Überfluss zum Mangel: Erdölgewinnung blieb 1999 hinter dem Verbrauch zurück

Von 1996 bis 1998 wurde deutlich mehr Erdöl gewonnen als verbraucht. Im Jahr 1999 haben aber die OPEC-Länder sowie einige weitere Förderländer (vor allem Me-

xiko und Norwegen) haben durch Produktionseinschränkungen dafür gesorgt, dass die Weltölförderung im Jahr 1999 mit 74,7 mbd um 1 mbd unter dem Verbrauch lag.

In den OECD-Ländern konnte die Ölgewinnung in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zunächst geringfügig gesteigert werden. Der Ölpreisverfall im Jahre 1998 hat allerdings die Investitionen in Förderanlagen so stark beeinträchtigt, dass die Ölförderung in diesen Ländern bereits 1998 und 1999 zurückging. Für das laufende und das kommende Jahr ist aufgrund der kräftig erhöhten Ölprei-

Tabelle 2

Entwicklung der Ölgewinnung von 1990 bis 1999 und Prognose bis 2001

	Ist-Daten						Prognose ¹⁾	
	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Jahreswerte in Mill. Barrel pro Tag								
OECD ²⁾	17,1	19,2	19,7	19,9	19,7	19,5	20,0	20,4
darunter:								
USA	9,7	9,4	9,4	9,5	9,3	9,0	9,1	9,1
Kanada	2,0	2,4	2,5	2,6	2,7	2,6	2,7	2,7
Nordsee	3,9	5,9	6,3	6,2	6,2	6,3	6,7	6,9
Sonstige ohne OPEC	25,2	23,1	23,7	24,3	24,8	24,9	25,4	26,0
darunter:								
Frühere Sowjetunion	11,4	7,1	7,1	7,1	7,2	7,4	7,4	7,4
China	2,8	3,0	3,1	3,2	3,2	3,2	3,2	3,3
Mexiko	3,0	3,1	3,3	3,4	3,5	3,4	3,5	3,7
OPEC	24,5	27,6	28,3	29,9	30,4	29,3	30,6	31,8
Welt insgesamt ³⁾	66,8	69,9	71,8	74,1	74,9	73,7	76,0	78,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Mill. Barrel pro Tag								
OECD ²⁾	0,0	0,5	0,5	0,2	-0,2	-0,2	0,5	0,4
darunter:								
USA	-0,2	0,0	0,0	0,1	-0,2	-0,3	0,1	0,0
Kanada	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	-0,1	0,1	0,0
Nordsee	0,2	0,4	0,4	-0,1	0,0	0,1	0,4	0,2
Sonstige ohne OPEC	-0,4	0,5	0,6	0,6	0,5	0,1	0,5	0,6
darunter:								
Frühere Sowjetunion	-0,7	-0,2	0,0	0,0	0,1	0,2	0,0	0,0
China	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1
Mexiko	0,1	-0,1	0,2	0,1	0,1	-0,1	0,1	0,2
OPEC	1,2	0,6	0,7	1,6	0,5	-1,1	1,3	1,2
Welt insgesamt ³⁾	0,9	0,4	1,9	2,3	0,8	-1,2	2,3	2,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
OECD ²⁾	0,0	2,7	2,6	1,0	-1,0	-1,0	2,6	2,0
darunter:								
USA	-2,0	0,0	0,0	1,1	-2,1	-3,2	1,1	0,0
Kanada	0,0	4,3	4,2	4,0	3,8	-3,7	3,8	0,0
Nordsee	5,4	7,3	6,8	-1,6	0,0	1,6	6,3	3,0
Sonstige ohne OPEC	-1,6	2,2	2,6	2,5	2,1	0,4	2,0	2,4
darunter:								
Frühere Sowjetunion	-5,8	-2,7	0,0	0,0	1,4	2,8	0,0	0,0
China	0,0	3,4	3,3	3,2	0,0	0,0	0,0	3,1
Mexiko	1,3	-3,1	6,5	3,0	2,9	-2,9	2,9	5,7
OPEC	5,2	6,2	2,5	5,7	1,7	-3,6	4,4	3,9
Welt insgesamt ³⁾	1,4	2,3	2,7	3,2	1,1	-1,6	3,1	2,9

¹⁾ In Anlehnung an: Energy Information Administration, Washington, Short-Term Energy Outlook. — ²⁾ Ohne Korea, Polen, Tschechische Republik und Ungarn. — ³⁾ Einschließlich Kondensat, NGL, unkonventionelles Öl und volumetrische Nettogewinne beim Raffinerieprozess und flüssige Energieträger auf Basis von Alkohol oder Kohle.

Quellen: Energy Information Administration: Short-Term Energy Outlook, Washington, March 2000.
Berechnungen des DIW.

se wieder mit einer moderaten Produktionssteigerung vor allem im norwegischen und dänischen Teil der Nordsee zu rechnen.²

Die Ölproduktion in Ländern, die weder der OECD noch der OPEC angehören, hat sich 1999 kaum verändert. In dieser Ländergruppe liegt allerdings eine Reihe von Ölprovinzen, in denen die Produktion langfristig erheblich gesteigert werden kann. Dazu zählen z. B. Offshore-Gebiete vor Brasilien und Westafrika sowie im Kaspischen Meer. Die Ölgewinnung in dieser Ländergruppe könnte in

den Jahren 2000 und 2001 um 0,5 bzw. um 0,6 mbd gesteigert werden.

Die OPEC-Länder hatten ihre Ölförderung (einschließlich NGL³⁾) von 1995 bis 1997 von 27,6 auf 29,9 mbd ge-

2 Im britischen Teil dürften neu in Betrieb gehende Ölfelder die Förderrückgänge in älteren Anlagen nur noch kurzfristig kompensieren. Vgl. Petroleum Intelligence Weekly Nr. 6, February 7, 2000, S. 2: North Sea creeps not leaps to higher production.

3 Natural Gas Liquids (NGL) sind flüssige Produkte, die im Zusammenhang mit der Erdgasförderung gewonnen werden.

Tabelle 3

**Entwicklung der Ölgewinnung¹⁾ in der OPEC und in assoziierten Ländern
vom 1. Quartal 1998 bis Februar 2000**
in Millionen Barrel pro Tag

	1998				1999				2000	
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	Januar	Februar
Venezuela	3,4	3,2	3,0	3,0	3,0	2,7	2,7	2,7	2,7	2,8
Saudi-Arabien	8,4	8,2	8,0	7,9	7,9	7,4	7,4	7,6	7,6	7,5
Iran	3,6	3,7	3,5	3,5	3,8	3,4	3,5	3,5	3,4	3,4
Irak	1,6	2,0	2,5	2,4	2,5	2,6	2,8	2,1	2,2	2,6
Kuwait	2,0	1,8	1,8	1,7	1,7	1,5	1,6	1,6	1,7	1,6
VAE ²⁾	2,4	2,3	2,2	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1	2,2	2,1
Quatar	0,7	0,7	0,6	0,6	0,7	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7
Neutrale Zone	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
Nigeria	2,2	2,1	2,0	1,9	2,0	2,1	2,0	2,0	1,8	2,1
Algerien	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7
Libyen	1,5	1,4	1,3	1,3	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4
Indonesien	1,3	1,3	1,3	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,2
Summe	28,4	28,1	27,5	27,3	27,8	26,3	26,6	26,1	26,3	26,6
OPEC ohne Irak	26,8	26,1	25,1	25,0	25,3	23,8	23,8	24,1	24,1	24,1
Förderziel OPEC ohne Irak	26,5	25,7	24,4	24,4	24,4	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0
Überschreiten des Förderziels	0,3	0,4	0,6	0,6	0,9	0,8	0,8	1,1	1,1	1,1

¹⁾ Ohne Natural Gas Liquids (NGL). — ²⁾ Vereinigte Arabische Emirate.
Quelle: Petroleum Intelligence Weekly, diverse Ausgaben; International Energy Agency: Oil market report, 10 March 2000.

steigert. Die kräftige Rücknahme der Förderquoten im Jahr 1998 wurde zum Teil durch Fördersteigerungen des Irak ausgeglichen. Insgesamt ist die Ölgewinnung der OPEC (einschließlich NGL und Irak) im Jahr 1998 daher noch um 0,5 mbd gestiegen und erst im folgenden Jahr um 1,1 mbd zurückgegangen. Die von der OPEC vereinbarten Förderquoten, die im März 1999 um weitere 1,4 mbd eingeschränkt wurden, sind allerdings im Laufe des Jahres 1999 immer weniger eingehalten worden. Im vierten Quartal übertraf die Produktion die Förderquoten bereits um insgesamt 1,1 mbd.⁴

Die OPEC verfügt insgesamt über ausreichende Kapazitäten, um ohne Erweiterungsinvestitionen im laufenden und im folgenden Jahr auch starke Verbrauchssteigerungen zu decken und die Lagerbestände weltweit auf einen normalen Stand zu heben. Bei voller Auslastung ihrer Förderanlagen könnten die OPEC-Länder (einschließlich Irak) nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) derzeit insgesamt über 32 mbd Rohöl (ohne NGL) gewinnen, das liegt um 6 mbd über der Förderung im Februar 2000. Über große Reservekapazitäten verfügen kurzfristig allerdings nur Saudi-Arabien (3 mbd), Kuwait (0,8 mbd), die Vereinigten Arabischen Emirate (0,4 mbd) und Iran (0,3 mbd).⁵ Aufgrund geringer Investitionen sind

in einigen Ländern die Produktionskapazitäten in den beiden letzten Jahren gesunken, in Venezuela immerhin um knapp 0,5 mbd. Dieses Land kann daher kurzfristig seine Ölgewinnung nur geringfügig steigern. Quatar hat derzeit überhaupt keine Reservekapazitäten. Die übrigen OPEC-Länder (ohne Irak) können ihre Produktion jeweils nur um 0,1 bis 0,2 mbd erhöhen.

Die Produktionskapazitäten in Irak dürften wegen fehlender Ersatzteile für Ölförderanlagen bis zum Sommer auf dem derzeitigen Stand von etwa 2,7 mbd stagnieren⁶. Bis Ende des Jahres 2000 könnten sie um mindestens 0,3 mbd steigen,⁷ da der UN-Sicherheitsrat die Lieferung

4 Irak hat seine Ölgewinnung in den ersten drei Quartalen 1999 gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht. Im vierten Quartal blieb seine Ölgewinnung allerdings um 0,3 mbd hinter der Produktion im entsprechenden Vorjahresquartal zurück. Im November hat Irak eine Verlängerung des UN-oil-for-food-Programmes abgelehnt und seine Ölexporte vorübergehend eingestellt.

5 IEA: Oil market report, Paris, 10 March, S. 18.

6 Vgl. Petroleum Intelligence Weekly, Februar 7, 2000, S. 3: Iraq acts as if oil sale to go on until summer.

7 Vgl. Petroleum Intelligence Weekly, February 14, 2000, S. 1f.: Iraq returns to OPEC.

von Ersatzteilen an Irak in einem ausreichenden Umfang genehmigt hat.⁸

Starke Schwankungen der Preise und Lagerbestände

Da die Ölgewinnung den Verbrauch in den Jahren 1997 und 1998 weltweit um 1 bzw. um 1,3 mbd übertraf, kam es zu einem drastischen Preisverfall. Von Ende 1996 bis Anfang 1999 fiel der Preis für Brent-Rohöl von knapp 25 Dollar auf etwa 10 Dollar je Barrel. Im Jahr 1999 war umgekehrt der Ölverbrauch um 1,1 mbd größer; hierdurch wurde ein kräftiger Preisschub ausgelöst. Von Anfang 1999 bis Anfang März 2000 hat sich der Preis für Brent-Rohöl von 10 auf über 30 Dollar je Barrel verdreifacht; bis zur OPEC-Konferenz Ende März fiel er dann aber auf etwa 25 Dollar je Barrel.

Der starke Preisauftrieb für Rohöl im Laufe des Jahres 1999 wurde von den meisten Marktteilnehmern als überzogen betrachtet. Dafür spricht die Tatsache, dass seit

Mitte 1999 die Preise für künftige Rohöllieferungen (Future-Preise) deutlich weniger stark angezogen haben als die Preise für sofortige Lieferungen (Spot-Preise), so dass die Differenz zwischen beiden Preisen bis Anfang dieses Jahres größer geworden ist. Im März 2000 kostete ein Barrel Rohöl sechs Monate im Voraus über 5 Dollar weniger als bei sofortiger Lieferung. Eine solche Preisstruktur veranlasst die Raffinerien, die Lagerhaltung von Rohöl auf ein Minimum zu beschränken. Dazu tragen auch die aufgrund des intensiven Wettbewerbs derzeit geringen Margen der Raffineriegesellschaften bei. Diese Faktoren dürften den Preisauftrieb bei Rohöl im Jahr 1999 noch verstärkt haben. Auch die Bestrebungen, mit Hilfe der modernen Informationstechnik Produktion und Absatz zu synchronisieren (just-in-time-Produktion), können zu einer Senkung des Lagerbestandes führen.

Die Daten zur weltweiten Entwicklung des Ölverbrauchs und der Ölproduktion sind mit gewissen Unsicherheiten

⁸ Handelsblatt vom 4.4.2000, S. 52: Irakische Ölförderanlagen werden repariert.

Abbildung

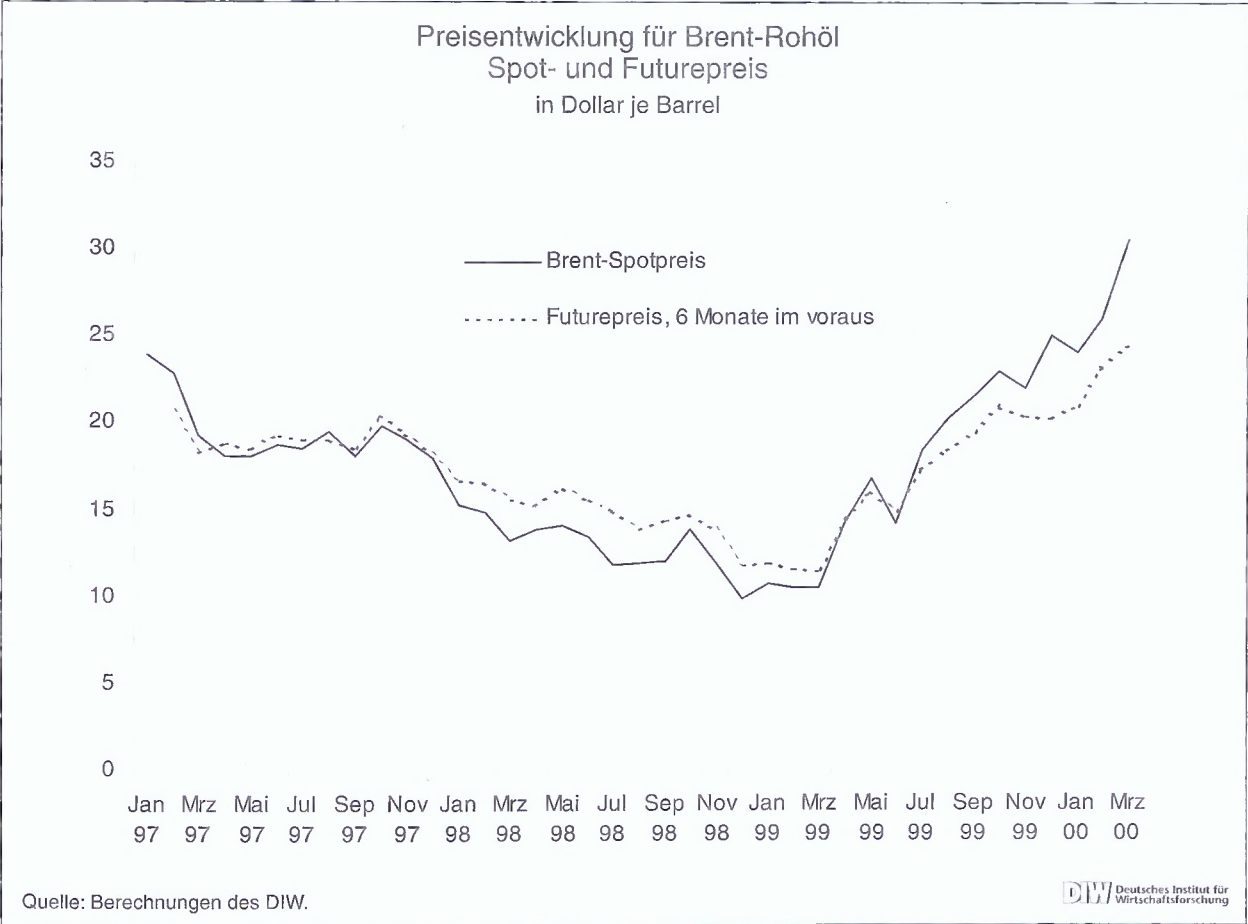


Tabelle 4

Globale Ölbilanz sowie Veränderungen der Bestände vom 1. Quartal 1997 bis zum 4. Quartal 2000
in Millionen Barrel pro Tag

	1996	1997	1998	1999				Prognose 2000			
				I	II	III	IV	I	II	III	IV
Ölverbrauch											
OECD ¹⁾	41,4	41,8	42,3	43,8	41,1	42,2	44,1	43,5	41,7	43,1	44,4
Sonstige	30,0	31,3	31,3	31,9	31,8	31,7	32,2	32,7	32,8	32,5	32,9
Welt	71,4	73,1	73,6	75,7	72,9	73,9	76,3	76,3	74,5	75,6	77,4
Ölgewinnung²⁾											
OPEC	28,3	29,9	30,4	30,3	28,9	29,2	28,7	29,5	30,5	30,5	31,8
Sonstige	43,5	44,2	44,5	44,5	43,9	44,3	45,1	45,0	45,0	45,5	46,0
Welt	71,8	74,1	74,9	74,8	72,8	73,5	73,8	74,5	75,5	76,0	77,8
Differenz											
Insgesamt	0,4	1,0	1,3	-0,9	-0,1	-0,4	-2,5	-1,8	1,0	0,4	0,4
Lagerbestände in der OECD³⁾											
Insgesamt	10,3	10,6	10,9	10,8	10,9	10,8	10,2				
Kommerziell (an Land)	7,0	7,3	7,5	7,3	7,4	7,4	6,8				
Regierungskontrolliert	3,3	3,3	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4				
Veränderungen der Lagerbestände gegenüber der Vorperiode											
Insgesamt	0,0	0,3	0,3	-0,1	0,1	-0,1	-0,6				
Kommerziell (an Land)	0,0	0,3	0,2	-0,1	0,1	-0,1	-0,5				
Regierungskontrolliert	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0				

¹⁾ Ohne Korea, Polen, Tschechische Republik und Ungarn. — ²⁾ Einschließlich Kondensat, NGL, unkonventionelles Öl und volumetrische Nettogewinne beim Raffinerungsprozess und flüssige Energieträger auf Basis von Alkohol oder Kohle. — ³⁾ Einschließlich der Bestände von Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn (Ende September 1999 etwa 47 Mill. Barrel).

Quellen: Energy Information Administration: Short-Term Energy Outlook, Washington, March 2000; International Energy Agency: Oil market report, Paris, 10 March 2000.

verbunden. Es ist deshalb schwer zu sagen, ob die Produktionsüberhänge aus den beiden Vorjahren schon wieder voll absorbiert worden sind. Die vorliegenden statistischen Angaben deuten jedenfalls darauf hin, dass sich die Lagerbestände inzwischen deutlich verringert haben. Auch im Jahr 1996 hatten die gesamten Ölbestände in den OECD-Ländern mit 10,3 mbd einen sehr niedrigen Stand. Die kommerziellen Bestände reichten damals noch aus, um den Bedarf von 54 Tagen zu decken. Der gleichzeitige kräftige Preisanstieg zeigte, dass die Märkte dies eher als zu knapp einschätzten. In den Jahren 1997 und 1998 stiegen die Ölbestände in der OECD jeweils um 0,3 mbd, danach fielen sie aber bis Ende 1999 noch unter die Werte von Ende 1996. Vor allem im vierten Quartal 1999 wurde die Lagerhaltung stark reduziert. Die kommerziellen Bestände reichten in diesem Zeitraum nur noch für 51 Tage aus. Im Januar 2000 sind sie nach vorläufigen Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) weiter gesunken. Damit wurde ein Tiefststand erreicht, der im letzten Jahrzehnt nur noch zwischen Februar und April 1996 unterschritten worden war. Mitte März scheint eine leichte Entspannung auf den Märkten eingetreten zu sein — wohl bedingt durch die deutlichen Produktionssteigerungen einiger OPEC-Länder.⁹

Auswirkungen der OPEC-Entscheidung

Auf ihrer Konferenz in Wien am 28./29. März 2000 hat die OPEC — gegen den Widerstand Irans — beschlossen, die Förderung von April an um 1,45 mbd auf knapp 21,1 mbd (ohne Iran und Irak) zu erhöhen. Würde Iran sein Potential zur kurzfristigen Steigerung der Produktion ausschöpfen, wäre eine Ausweitung um etwa 1,7 auf 21,4 mbd möglich. Iran hat aber bereits erklärt, dies nicht zu tun. Demgegenüber will Irak die Ölgewinnung bis Ende des Jahres auf mindestens 3 mbd erhöhen; nach dem Beschluss des UN-Sicherheitsrates, die Lieferung von Ersatzteilen zuzulassen, wird dies auch möglich sein.

Die Entscheidung der OPEC ist durch die Produktionsentwicklung in den letzten Monaten vorgezeichnet gewesen. Vom vierten Quartal 1999 an wurden die geltenden Produktionsquoten um 1,1 mbd überschritten. Mit der jetzigen Vereinbarung wird die Ölförderung gegenüber Februar nur um 0,3 mbd erhöht. Nach einem weiteren Ab-

⁹ Nach Angaben des American Petroleum Institute (API) sind Mitte März 2000 die US-Rohölbestände im Vergleich zur Vorwoche gestiegen.

bau der ohnehin geringen Lagerbestände im ersten Quartal dürfte sich die Situation auf den Mineralölmärkten im zweiten und dritten Quartal etwas entspannen, spätestens im vierten Quartal wird die OPEC ihre Ölförderung aber voraussichtlich um über 1 mbd steigern müssen, wenn der Markt nicht erneut kippen soll.

Auf der OPEC-Konferenz ist auch vereinbart worden, bereits im Juni die Entwicklung des Ölmarktes und der Rohölpreise erneut zu prüfen. Die Rohölpreise sollen in einem Korridor von 22 bis 28 Dollar stabilisiert werden. Einem Preisverfall unter 22 Dollar je Barrel wird die OPEC mit erneuten Produktionseinschränkungen, ei-

nem Preisanstieg über 28 Dollar je Barrel mit Produktionssteigerungen begegnen.¹⁰ Das dürfte zur Stabilisierung der Preise beitragen. Die im Jahr 2000 insgesamt noch angespannte Versorgungslage spricht dafür, dass sich die Rohölpreise zunächst in dem von der OPEC angestrebten Preiskorridor bewegen werden.

¹⁰ Nach Informationen des Petroleum Intelligence Weekly hat sich die OPEC darauf verständigt, die Produktion „automatisch“ um 0,5 mbd anzupassen, wenn der angestrebte Preiskorridor an mehr als 20 aufeinander folgenden Handelstagen unter- oder überschritten wird. Vgl. Petroleum Intelligence Weekly, April 3, 2000: OPEC Adds Micro Control to tight supply strategy.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Nr. 168 **E-Commerce — Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hans-Jörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postle, Wolfram Schreittl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Russlands Wirtschaftspolitik setzt auf Investitionen.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Leichte Entspannung auf den Ölmärkten durch Produktionssteigerungen der OPEC.

Bearbeitet von Manfred Horn.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Satz: Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Straße 172, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—, zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304

— Einem Teil der Auflage ist ein Prospekt des Verlages Edward Elgar Publishing beigelegt —